

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Dringegeld.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 A.
Vergütungsanzeigen und Stellenermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Lohnbewegung.

Höchst a. W. (Telegramm.) Zuzug von Möbelschreibern ist wegen bevorstehender Differenzen streng fernzuhalten.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Sonneberg i. Th. (Aug. Döbrich, Gg. Sommer, Gottfr. Schmidt, Georg Kiefewetter), Stolp in Pommern, Leipzig Wagner & Zinkeisen, Spremberg (Kiefer), Weissensee (Hahn & Meskow, König-Chausséestr. 71), Lütgendortmund (Hülß & Schmidt), Martinroda (Jahn & Winne), Neumünster (S. Becker), Laffen in Pommern (A. Lange, Krieg, Möpfe, G. Saar);
- Tischlern, Stuhlbanern, Polirern, Drechslern, Bildhauern und Maschinenbauern nach Leisnig (Reinert & Marg);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühldorf a. Inn und Neuforg i. Fichtelgebirge (Firma Kempf & Geiger);
- Sau- und Möbeltischlern nach Hornberg i. Schwarzw. (Wunze und J. Storz);
- Drechslern nach Bamberg (Frank & Fickelwirt);
- Umbaumachern und Fourneuren nach Jena (Glaser);
- Korbmachern nach Corbeitha (Rich. Thieme), Geesthacht und der Schweiz, Köpfchenbroda (Rahn);
- Stellmachern und Tischlern nach Ronneburg (Fried. Hering);
- Stoßbiegern nach Böln (Wiemeher);
- Knopfmachern nach Schmölln (Zahr).

Verbandsmitglieder!

Wie nunmehr allen Kollegen genugsam bekannt ist, finden in der letzten Dezemberwoche in ganz Deutschland statistische Erhebungen über die Lage der Arbeiter aller in unserem Verband vereinigten Berufe statt. Diese Erhebungen sollen sich, soweit Durchschnittsangaben zu machen sind, auf das ganze Jahr 1902 erstrecken, und sind dementsprechende Personenfragebogen an alle Zahlstellen versandt worden, von welchen sie rechtzeitig an alle Mitglieder und Nichtmitglieder ausgehellt werden.

Ueber den Werth der Statistik für unsere gesamte Bewegung wollen wir uns an dieser Stelle nicht weiter verbreiten. Nur darauf wollen wir verweisen, daß die Statistik eine wirkliche Bedeutung nur dann erlangt, wenn sie eine starke Betheiligung anzeigt. Aus diesem Grunde richten wir an Euch, Verbandskollegen, die eindringliche Mahnung, bei der bevorstehenden Statistik Eure volle Schuldigkeit zu thun. Im Jahre 1893 hat nur der dritte Theil, im Jahre 1897 nur die Hälfte der Verbandsmitglieder einen ausgefüllten Fragebogen zurück geliefert; das muß diesmal anders werden. Nicht ein Mitglied sollte sich diesmal ausschließen, jeder Einzelne muß die Pflicht in sich fühlen, einen Verbandstagsbeschluss zu respektiren und in erster Linie durch seine eigene Betheiligung zum guten Gelingen der Statistik beizutragen.

Zu zweiter Linie ersuchen wir alle Mitglieder, die Zahlstellenverwaltungen bei dem Anstheilen und Wiedereinsammeln der Fragebogen in allen Werkstätten und Fabriken thätig zu unterstützen, damit auch möglichst alle Nichtmitglieder zur Theilnahme an der Statistik herangezogen werden. Unsere Erhebungen sollen die Lage der Holzarbeiter insgesamt klarlegen; dazu ist es nöthig, daß nicht nur die Verbandsmitglieder, sondern auch alle übrigen in den einzelnen Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Angaben machen. Wirke also ein Jeder dahin, daß dieses Ziel erreicht wird.

Der Verbandsvorstand.

Statistische

Erhebungen im Holzarbeiterverband.

Der Verbandstag in Nürnberg im Jahre 1900 hat beschlossen, daß für das Jahr 1902 statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Holzarbeiterverbande vereinigten Berufskollegen veranstaltet werden sollen. Die Fragebogen sind bereits vom Vorstande versandt und soll die Verteilung in der letzten Woche dieses Jahres vor sich gehen.

Mit Recht erwartet der Vorstand, daß die Mitglieder unseres Verbandes bemüht sein werden, recht gewissenhaft und prompt, und vor allen Dingen so zahlreich wie noch niemals die von ihnen geforderten Pflichten zu erfüllen und auch die Nichtmitglieder, welche mit ihnen gemeinsam zusammenarbeiten, zur Ausfüllung der ihnen zugestellten Fragebogen zu veranlassen.

16 Fragebogen sind es, die jeder Einzelne zu beantworten hat.

Da wird zuerst nach der Art des Berufes gefragt. Diese Frage ist wichtiger als man glaubt. Mehrfach ist geklagt worden darüber, daß den Berufsinteressen des einen oder anderen Berufes bezüglich der Agitation und bei Streiks nicht genügend Rechnung getragen werde, daß besonders die kleinen Berufe stiefmütterlich behandelt würden usw. Ob diese Klagen eine Berechtigung haben oder nicht, soll hier nicht erörtert werden. Die Angehörigen der kleinen Berufe mögen jetzt den letzten Mann herbeibringen, damit der Vorstand weiß, welche Maßnahmen er später bei allen diese Berufe interessirenden Fragen zu treffen hat.

Die gewissenhafte Beantwortung nach Alter und Familienstand versteht sich von selbst. Es soll festgestellt werden, ob in den letzten 5 Jahren das Durchschnittsalter der Ausgebeuteten gestiegen oder gefallen ist, wie groß die Zahl Derer ist, die nicht daran denken können, mit dem Eintritt in den Ehestand selbstständig zu werden, sondern in fernerer Abhängigkeit von einem Unternehmer als Lohnarbeiter durchs Leben vegetiren müssen; wie groß die Zahl der Kinder ist, die von dem spärlichen Verdienste ernährt und gekleidet werden müssen, für wie viele Kinder über 14 Jahren das Lehrgeld bezahlt und die Unterhaltskosten mehrere Jahre hindurch zu bestreiten sind.

Durch Frage 6 soll festgestellt werden, in wie vielen Fällen die Frau zum Erwerb durch Mitarbeit beitragen muß, ob in der Fabrik oder durch Arbeit für Andere im Hause. Diese Frage ist besonders auf die Kollegen in der Stuhl-, Knopf-, Bürsten-, Spiel- und Korbwarenindustrie zugeschnitten, weil in diesen Berufen die Löhne sprüchwörtlich niedrig sind und daher die Arbeit des Mannes allein nicht ausreicht, um auch nur den minimalsten Ansprüchen an Ernährung, Wohnung und Kleidung zu genügen. Auch die Frage nach der Kinderarbeit ist wohl ausnahmslos an die gleichen Kreise gerichtet, aber auch in Großstädten und bei Arbeitern anderer Industrien spielt die Kinderarbeit (wenn auch nicht gewerblich) eine nicht unbedeutende Rolle. Wurde doch vor Jahren einmal in Berlin und Charlottenburg festgestellt, daß fast die Hälfte aller Volksschüler vor und nach der Schulzeit zu allen möglichen Arbeiten verwendet würde, sei es zum Milch-, Brot- und Zeitungsausbringen oder zur Besorgung von Gängen für andere Personen gegen eine geringfügige Wochen- oder Monatsentschädigung. In jedem Falle wird sich aus der Beantwortung der verdienten Jahreslöhne zeigen, daß die Eltern ihre Kinder nicht zum Vergnügen zu den Arbeiten vor und nach der Schule anhielten, sich dies vielmehr aus mancherlei Gründen nothwendig machte.

Wichtige Fragen sind unter Nr. 8 enthalten. Dort wird nach der Arbeitslosigkeit am Orte und auf der Reise gefragt. Ist für unsere Organisation auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung entschieden, Beiträge und Leistungen auf Grund durchschnittlicher Arbeitslosigkeitsnachweise festgesetzt, so dürfte die bevorstehende statistische Aufnahme, da sie in ein Krisenjahr fällt, doch nicht unbeachtet bleiben. Hoffen wir, daß sie durch die früheren Berechnungen keinen Strich macht.

Von eben solch großer Wichtigkeit ist die Frage nach der Anzahl der durch Krankheit hervorgerufenen arbeitslosen Tage. Das Resultat giebt vielleicht einen Fingerzeig, ob nicht auch in späteren Jahren, wenn sich die Arbeitslosenunterstützung eingelebt hat, mit einem Krankengeldzuschuß gerechnet werden muß. Diese Angelegenheit, die gegenwärtig den Deutschen Metallarbeiterverband beschäftigt, ist auch für unsere Organisation nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen.

Frage 9 wünscht Auskunft über Lohn- oder Akkordarbeit. Es soll festgestellt werden, ob die gesundheitszerrüttende Akkordarbeit gegen den Zeitraum von 1893 bis 1897 ab- oder zugenommen, und ob weiter das Kost- und Logiswesen für die ledigen Kollegen eine Einschränkung oder Ausdehnung erfahren hat; je nach dem wird der Vorstand bei eventuellen Lohnkämpfen dieser Frage ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen.

Die Frage nach der Wochenarbeitszeit ist eine der wichtigsten, und muß deshalb auf sie eine ganz präzise Antwort erfolgen. Leider vermischen wir in dem Fragebogen eine Frage nach der Ueberzeitarbeit. Freilich wird sich nicht genau die Zahl der Ueberstunden feststellen lassen, wenn nicht jeder Kollege in seinem Lohnbuch darüber Notirungen gemacht hat. Interessant wäre es auf jeden Fall, zu erfahren, wie hoch die Zahl der Ueberstunden in einem Jahre war, das theilweise recht großen Arbeitsmangel aufwies.

Die Frage 12, nach der Zeit der Lohnzahlung, scheint um deswillen nicht unwichtig, weil in einer Anzahl Orte die acht tägige Lohnzahlung mit in den Streifforderungen einbegriffen war, unsere Kollegen also die Unannehmlichkeit der langfristigen Lohnzahlungen empfunden haben. Daß summe die Lohnzahlung auf den Freitag gefordert wird, erklärt sich aus dem Umstande, daß in allen Mittel- und Kleinstädten des Sonnabends Markt ist und unsere Frauen aus erster Hand, d. h. billiger, den Bedarf für die kommende Woche einkaufen können, wenn — der Mann Freitags seinen Wochenlohn mitbrächte.

Die Frage 13: Ob die Kollegen Werkzeug, Kleinmaterial, Beleuchtung u. ganz oder theilweise selbst stellen müssen, ist äußerst wichtig. Mit dem Stellen des eigenen Werkzeuges, und noch mehr mit dem Kleinmaterials, wird theilweise nicht nur der größte Anflug, sondern auch die unvermeidliche Ausbeutung betrieben. Die Frage, ob die Kleinmaterialien, wie Glaspapier, Schleißel, Spiritus, Lack u. von den Fabrikanten zu höheren als den ortsüblichen Preisen verkauft werden, fehlt zwar in dem Fragebogen, aber auch ohne eine diesbezügliche Feststellung weiß jeder Mensch, daß die Arbeiter, welche die Materialien von den Fabrikanten entnehmen müssen — weil dieselben angeblich besser sein sollen als die der Krämer — ganz unheimlich über's Ohr gehauen werden.

Die Fragen 14, 15 und 16, die sich auf die Wohnräume und Miete dafür beziehen, gehören zu den wichtigsten und jeder Kollege sollte sie mit peinlichster Genauigkeit beantworten. Es soll festgestellt werden,

daß die Arbeiterwohnungen verhältnismäßig viel teurer sind als die der besitzenden Klassen, und daß die Arbeiter einen viel größeren Theil ihres Einkommens für Wohnungsmiethe aufwenden müssen als die Bessergestellten, daß die Arbeiter gezwungen sind, von den wenigen Räumllichkeiten, die ihnen in Hinterhäusern, in Höfen und Gängen für theures Geld von den Hausagariern zur Benutzung überlassen werden, abvermieten müssen, um, nun um nicht ganz für den Hauswirth zu arbeiten und für andere nothwendige Lebensbedürfnisse einen Theil des Lohnes verwenden zu können.

Grauenvolle Bilder werden sich vor unseren Augen aufrollen, wenn das Resultat besonders dieser Fragen vorliegt. Es wird sich zeigen, in welcher elenden, feuchten, dunklen Räumen die Arbeiterschaft und deren Kinder haufen müssen, wie Krankheit und Siechthum zum guten Theil auf die elenden Wohn- und Schlafräume — in welcher letztere in Tausenden von Fällen weder genügend Luft noch Licht hineindringen kann — zurückzuführen ist.

Kollegen, wir bitten Euch dringend, geht nicht leichtfertig über diese 16 Fragen hinweg, sie sind so wichtig, daß Eurer Beantwortung einige Minuten Eures Lebens und Eurer Schaffenskraft widmen müßt. An der Hand des wichtigen, bedeutsamen Materials werden wir dann aller Welt zeigen, wie ungenügend man Euch entlohnt für die auf's Außerste angespannte Arbeitsleistung, und wie Unrecht alle Die haben, welche Euch Unverschämtheit und Begehrlichkeit zum Vorwurf machen; dafür werden die aus der Umfrage sich ergebenden Zahlen — diese unerbittlichen Ankläger der heutigen Gesellschaftsordnung — den Beweis erbringen. Darum thue Jeder seine Pflicht!

Was haben die Berliner Tischlermeister durch den Kampf um den Arbeitsnachweis erreicht?

Als die Berliner Tischlermeister durch Errichtung eines Arbeitsnachweises den jetzt beendeten Kampf gegen den Holzarbeiterverband einleiteten, hatten sie durchaus nicht die Absicht, das Umschauen zu beseitigen und die Arbeitsvermittlung planmäßig zu regeln. Die Ablehnung des paritätischen Arbeitsnachweises sowie die Einstellung jeder weiteren Verhandlung beweisen jetzt zur Genüge, daß sie dabei ganz andere Pläne im Schilde führten. Wollten sie durch den Arbeitsnachweis nur Gesellen in Arbeit bringen, dann bräuchten sie keinen neuen Arbeitsnachweis einzurichten. Sie hatten ja einen solchen in der Stallstraße bei Herrn Lubrich. Wie die „Fachzeitung“ und früher die Günther'sche „Tischlerzeitung“ berichtet haben, funktionierte dieser Nachweis sehr gut. Es war also nicht die Arbeitsvermittlung, um die es sich handelte.

Während die Einführung der Entlassungsscheine das Siegenlassen unvollendeter Akkordarbeit beseitigen sollte, plante man, durch den Arbeitsnachweis die Gewerkschaftsorganisationen zu vernichten. Herr Rahardt hat es unglückliche Male gesagt, der eigene Arbeitsnachweis ist die schärfste Waffe, mit der man die unberechtigten Forderungen einer übergeleiteten und verhephten Arbeiterschaft im Keime ersticken kann. Deshalb wurde der Arbeitsnachweis ganz nach dem Muster, wie er bei den Kühnemännern besteht, geschaffen. Um den Tischlermeistern das Projekt annehmbar zu machen, wurde der Sekretär Rasse vom Verband der Metallindustriellen zur Hilfe geholt. Dieser Mann referirte in der Innungsversammlung über den Arbeitsnachweis und wie solcher eingerichtet werden müsse. Welchen Zweck die Arbeitsnachweise erfüllen sollen, ersehen wir, wenn wir die Kühnemänner in dieser Sache selbst zu Wort kommen lassen. Der Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen schreibt nämlich in einer Proklamation, die im April 1899 als Eingabe an die preussische Regierung gesandt wurde:

„Der gänzliche Ausschluß von unjeren Arbeitsnachweisen findet nur bei erwiesener Unverbesserlichkeit und bezüglich derjenigen Arbeiter statt, die notorische Agitatoren und Heher der Sozialdemokratie sind. Diese letztere bezeichnete Maßnahme hat sich als außerordentlich wirksam zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und deren unheilvolle Einwirkung auf die Arbeiter erwiesen. In unjeren Werkstätten ist Ruhe eingezoget; die Bereitwilligkeit, den Agitatoren Folge zu leisten, hat aufgehört, die lediglich um Kämpfe herbeizuführen und die Arbeitgeber ihre Macht fühlen zu lassen, oft genug ganz geringfügige Anlässe herbeizuführen, um die unglücklichen Arbeiter in Auspände zu geben.“

Daß die Arbeiter aber nicht nur bei erwiesener Unverbesserlichkeit gänzlich von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen werden, zeigt sich jetzt wieder recht deutlich. In den Kühnemännern wurde in diesem Sommer gestrichelt. In letzter Zeit wurden mehrere damals am Einleit bescheidige Dreher aufbewahrt. Als sie nun nach der Gartenstraße zum Nachweis der Kühnemänner kamen, wurde ihnen der Nachweisschein verweigert. Der schon Arbeits hatte und mit einem Handbillet von der Firma, die ihn eingestellt hatte) kam, dem wurde der Schein nicht genommen. Wer etwa glaubt, daß diese Arbeitsverweigerung nur nebenbei gehandhabt wird, und die

Beamten des Nachweises hauptsächlich mit der Vermittelung der Arbeiter beschäftigt sind, der irrt sich gewaltig. Der Name ist nämlich das Einzige, was dieser Nachweis mit einem Arbeitsnachweis gemein hat. Arbeit wird dort überhaupt nicht vermittelt. Es werden nur Scheine ausgestellt, auf welchen vermerkt ist, daß der Inhaber des Scheines eingestellt werden darf. Wer aber schon ohne den Schein Arbeit erhalten hat, der wird erst nach dem Nachweis in der Gartenstraße geschickt, um sich dort bescheinigen zu lassen, daß er eingestellt werden darf.

Eine solche Kontrollstation, die vom Arbeitsnachweis nur den Namen hat, sollte der neue obligatorische Arbeitsnachweis werden. Seine Aufgabe sollte sein, eine strenge Kontrolle über alle Gesellen auszuüben, die Streiks zu verhindern, jede Lohnbewegung im Keime zu ersticken, die Aufwiegler und Heher aus den Werkstätten fernzuhalten, unverschämte Lohnforderungen einzelner Gesellen zu verhindern, diese Leute durch lange Aussperrung zu bestrafen, die übrigen Arbeiter zurüdzuführen und einzuschüchtern und dadurch jede Verbesserung der Löhne, jeden Widerstand gegen Lohnabzüge unmöglich zu machen. Was die Scharfmacher durch kein Mittel bisher erreichen konnten, das sollte durch den Arbeitsnachweis erreicht werden. Für die Unternehmer ging der Kampf um das Ganze. Noch kein Kampf wurde von ihnen mit so großer Ausdauer geführt, als dieser Kampf um den Innungsnachweis. Außer dem Streik im Jahre 1900 hat bisher auch den Holzarbeitern kein Kampf so große Opfer gekostet. Allein die Zahlstelle Berlin verausgabte an Unterstützung der durch den Kampf ohne Arbeit Gebliebenen M 145 000. Nebenher wurden noch eine Anzahl Werkstattstreiks geführt, zum großen Theil wegen des Arbeitsnachweises. Diese kosteten circa M 60 000. Große Summen wurden noch an die durch den Kampf gemäßregelten Kollegen ausbezahlt. Hier in diesem Kampfe zeigt sich deutlich, was eine starke, gut geleitete Arbeiterorganisation während des wirtschaftlichen Niederganges zu leisten im Stande ist. Ohne starke Organisation hätten die Berliner Holzarbeiter keinen Widerstand leisten können. An dem geschickten Vorgehen des Holzarbeiterverbandes lag es, daß das Unternehmertum trotz des schlechten Geschäftsganges den Kampf bedingungslos aufgeben mußte. Man beachte wohl, es handelte sich um einen Kampf, den die Unternehmer gegen die Arbeiter unternommen haben. Und dieses Vorgehen hat der Holzarbeiterverband glänzend abgeschlagen. Was haben denn die Scharfmacher erreicht? Von ihren großen Plänen ist nicht einer durchgeführt worden. Anfangs schien es ja, als wenn der Kampf eine für sie günstige Wendung genommen hätte. Wer bald verstummten die Siegesberichte der „Fachzeitung“. Die Arbeitgeberverbände mußten sich auf Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband einlassen, gegen den sie den Vernichtungskrieg führten. Die letzte Generalversammlung der Unternehmerverbände artete in eine derartige Raubversammlung aus, daß es die Vorstände noch nicht wieder gewagt haben, eine zweite Versammlung einzuberufen. In keinen Sitzungen nahmen die einzelnen Vereine zu den Vorschlägen des Holzarbeiterverbandes Stellung. Auch die Innung hat nur in einer Delegirtenversammlung, in welcher der Innungsvorstand keine ernsthafte Opposition zu fürchten hat, Beratungen über den Arbeitsnachweis gepflogen.

An den Vorstand des Holzarbeiterverbandes schrieb dann Herr Rahardt folgenden Brief:

Berlin, den 26. November 1902.

An den Deutschen Holzarbeiterverband.
Ortsverwaltung Berlin. Hier.

Nachdem die Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie zu Ihren Vorschlägen in der Angelegenheit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einzeln Stellung genommen haben, theilen wir Ihnen ergebnis mit, daß von denselben folgendes übereinstimmend beschlossen worden ist:

1. Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen bleibt unverändert bestehen; die Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband bezüglich der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises werden abgebrochen.
2. Die Verpflichtung der Mitglieder, Arbeiter nur durch Vermittelung des Arbeitsnachweises bezw. nur mit Genehmigung desselben und nicht ohne Entlassungsschein einzustellen, wird aufgehoben.

Hochachtung

Die Vorstände der Vereinigten Verbände
der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen.

Im Auftrage: E. Rahardt.

Der Beschluß der Unternehmer zeigt, daß ein Arbeitsnachweis, der nur Arbeitskräfte vermittelt für sie keinen Werth hat, deshalb lehnen sie den paritätischen Arbeitsnachweis ab. Ferner ist durch den Beschluß der Entlassungsschein fallengelassen worden, für den sie, wie Herr Rahardt einmal sagte, seit 20 Jahren kämpfen. Das Wichtigste aber ist die Aufhebung des Beschlusses, nach welchem jeder Meister gezwungen war, seine Gesellen nur durch den Arbeitsnachweis zu beziehen. Dadurch stehen die Meister genau so da, wie vor dem Kampfe. Sie haben zwar einen Arbeitsnachweis, aber nur einen solchen, wie den früheren in der Stallstraße befindlichen, der aber wenig von der Meistern benutzt wurde,

weil nie gute Arbeitskräfte vorhanden waren. Durch den Beschluß haben die Meister den Kampf aufgegeben. Wenn Herr Rahardt in der beschließenden Versammlung noch den Wunsch aussprach, daß jeder Geselle, der unter der Hand eingestellt wird, auf dem Bureau gemeldet werden soll, so will er nur dadurch den Anschein erwecken, als wenn auf diesem Wege noch etwas unternommen werden könne, damit sich die Meister über ihre Niederlage hinwegtrösten. Das Einzige, was die Innung damit bezwecken kann, wäre, daß der Holzarbeiterverband über den Meister die Sperre verhängt, für einen Gesellen als nicht zur Einstellung geeignet gemeldet hat und vielleicht die andere Werkstatt sperrt, in welcher der gekennzeichnete Geselle gemeldet wird.

In den einzelnen Werkstattkämpfen, die wegen des Arbeitsnachweises stattfanden, konnten die Unternehmer ebenfalls keine Vorbeeren erringen. Der Vorsitzende des Bauischlermeistervereins, Herr Friedrichsen, mußte nach langer Sperre sich verpflichten, vom Innungsnachweis keine Gesellen einzustellen, trotzdem bei dieser Werkstatt nur kurze Zeit Streikposten aufgestellt waren. Die Unternehmer hatten wohl beschlossen, keinen der Streikenden einzustellen. Wer wer einen der Streikenden bekommen konnte, der hat ihn sofort eingestellt. Die Meister haben sich um die Leute gerissen, weil sie als tüchtige Arbeiter bekannt waren. Die Streikposten mußten von dieser Werkstatt zurückgezogen werden, weil nach 14 Tagen nur noch zwei Streikende vorhanden waren. Dem früheren Vorstände der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“, Herrn Hülsenbeck, ging es ebenso wie Herrn Friedrichsen. Auch diese Firma mußte sich verpflichten, keine Gesellen vom Innungsnachweis einzustellen. Eine große Anzahl Meister gingen auf dieselbe Verpflichtung ein, ohne daß es zum Streik kam. Unter diesen befinden sich auch verschiedene Scharfmacher und frühere Vorstandsmitglieder der Unternehmervereine.

Vielen Meistern hat dieser Kampf große Opfer gekostet. Sie mußten sich mit schlechten Arbeitskräften begnügen und diesen dieselben Löhne bezahlen, wie tüchtigen Arbeitern, die sich aber zum Theil unter den Arbeitslosen befanden. Streikbrecherelemente, die sich zur Arbeit wenig eignen, kamen aus allen Orten und nisteten sich in guten Werkstätten ein.

Eine Folge, die den Meistern sehr unangenehm sein dürfte, hat dieser Kampf doch gezeitigt. Dem Verband würde es auf absehbare Zeit nie gelungen sein, die Tischlergesellen zu einem Kampfe um den Arbeitsnachweis zu bewegen. Der Innungsvorstand aber hat das zu Wege gebracht. Er hat den Arbeitern gezeigt, welche Bedeutung der Arbeitsnachweis hat.

Während es früher jedem Gesellen gestattet war, den früheren Innungsnachweis zu benutzen, ist jetzt beschlossen worden, die Sperre über den Nachweis aufrecht zu erhalten. Die durch den Kampf hervorgerufene Erregung genügt vollkommen, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Bestrebungen der Kollegen werden nun darauf gerichtet sein, den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu bekommen. Und wenn sie bei einer guten Geschäftskonjunktur die Forderung aufstellen wollen: „Anerkennung des Arbeitsnachweises“, dann war es Herr Rahardt, der den Anstoß dazu gegeben hat.

Der christliche Holzarbeiterverband im Kampfe mit der Wahrheit.

-dt. In jeder Nummer des christlichen „Holzarbeiter“, die im letzten Vierteljahr das Licht der Welt erblickt hat, beschäftigt sich Herr Stegerwald mit der „rothen Kette“. Mit einem Eifer, der seiner geistlichen Schulung alle Ehre macht, trägt er da alles Das zusammen, was mit einiger Verdrehung leicht gegen unsere Bewegung ausgenützt werden kann, wobei er allerdings sehr oft in den Fehler verfällt, über der Suche nach Splitteln im Auge des Gegners ganz die Balken im eigenen Auge zu vergessen. Und erinnert man ihn gar an die naheliegenden eigenen Fehler, so verschmäht er es nicht, nach berühmten Mustern in sittlicher Entrüstung zu machen über solches Beginnen. Mit den fleghartesten Ausfällen wird dann das Gewissen, wenn man noch eins hat, zu beschwichtigen versucht. So Herr Stegerwald in seiner ganzen letzten Auseinandersetzungen mit unserer Organisation, besonders gelegentlich des Streikbruchs seiner Mitglieder in Berlin.

In einem 1½ Seiten langen Artikel bietet er in Nr. 48 seiner Zeitung eine „authentische“ Schilderung des ganzen Falls, wobei es ihm glücklich wieder einmal gelungen ist, alle Begriffe auf den Kopf zu stellen. Mit seiner bekannten Verdrehungskunst hat er es denn ja so weit gebracht, seine Streikbrecherkollegen in Berlin als die reinen Unschuldslämme, unsere Berliner Kollegen als einen Ausbund von Schlechtigkeit hinzustellen. Um die notorischen Wahrheitswidrigkeiten in ihrer ganzen Schönheit zu zeigen, haben wir uns bemüht, alle von unserer ersten Schilderung des Berliner Streikbruchs der christlichen Kollegen in Nummer 44 abweichenden Behauptungen des Herrn Stegerwald auf die Thatfachen zu prüfen. Da sind wir denn zu einem Resultat gelangt, das für Herrn Stegerwald wohl kaum schmeichelhaft genannt werden kann.

Wir gehen nur auf die hauptsächlichsten Lügen ein, die Herr Stegerwald als Fazit aus seinem ganzen Lügenexposé zieht.

Erstens behauptet Herr Stegerwald: „Der Streik wurde in Szene gesetzt, ohne unseren (den christlichen) Vorstand zu verständigen, trotzdem es sich um die Entlassung dreier christlicher Verbandskollegen handelte.“ — Das entspricht nicht den Thatfachen. Der Streik wurde injenenitz, wie alle in diesem großen Kampfe geführten Werkstattstreiks injenenitz worden sind, und zwar auf Beschluß einer Sitzung der im

deutschen Porzindustrie. Eine ziemlich starke Konkurrenz ist der Porzindustrie auch durch den mechanischen Flaschenverschluß, dem sogenannten Patentverschluß, erwachsen. Aber da liegt die Schuld ebenfalls wieder an den Fabrikanten selbst. Der Patentverschluß hätte sich nicht so verbreiten und einbürgern können, wenn der Korzköpfer den Ansprüchen seines Zinnes genügt hätte. Waren doch vor Einführung des Patentverschlusses die Korzköpfe so schlecht, daß es schon zu den Seltenheiten gehörte, einen Korzkopf aus der Flasche herauszuziehen. Stückweise mußte er herausgeholt werden. Da griff man allerdings mit Vorliebe zu dem Patentverschluß, der den Vortheil der Bequemlichkeit noch hatte. Doch, aber auch der Patentverschluß hat seine Nachteile und ich ziehe demselben einen guten Korzkopf noch vor. Aber auch in gesundheitlicher Beziehung sollte man zu dem Korzkopf greifen.

Vor längerer Zeit hat ein dänischer Arzt den Patentverschluß einer mikroskopischen Untersuchung unterzogen und das Resultat in einer Reihe von Blättern bekannt gemacht. Derselbe berichtet, daß er unter dem Gummiringe eine ungeheure Anzahl Bazillen aller Art, hauptsächlich aber den Schimmelpilz, gefunden habe, die unter Umständen der menschlichen Gesundheit höchst gefährlich werden könnten. Er gab den Rath, Flaschen mit Patentverschluß stets zurückzuweisen, im Interesse der eigenen Gesundheit.

In Rußland sowohl wie auch in Oesterreich ist daher auch die Art Flaschenverschluß gänzlich verboten. Ein Korzkopf von minderbemerklichem Material ist allerdings auch nicht ganz einwandfrei, aber im Vergleich zu dem Patentverschluß ist er noch als harmlos zu bezeichnen. Der Korzkopf wird nur ein einziges Mal gebraucht, da er regelmäßig, wenn er aus der Flasche gezogen ist, weggeworfen wird. Anders ist es aber mit dem Patentverschluß; derselbe hat einen Gummiring und bleibt, da Gummi gerade nicht billig ist, so lange an dem Porzellanpfropfen sitzen, bis er entzweit ist oder die Flasche zerbricht. Unter Umständen ist so ein Ring sechs bis acht Wochen an seiner Stelle. Die Flasche wird wohl gereinigt, aber den Ring zu reinigen, der es mindestens ebenso nötig hätte, fällt Niemandem ein. So ist es kein Wunder, wenn der Zwischenraum zwischen Ring und Porzellanpfropfen zur Brutstätte gesundheitsgefährlicher Bazillen wird, zumal die Flaschen nach ihrer Entleerung in allen nur denkbaren Winkeln und Ecken ihren Sammelplatz haben, wo sie oft Wochen lang stehen bleiben. Als zur Zeit des Ausstandes der Glasarbeiter die Flaschen knapp waren, zahlten die Brauereien für jede eingelieferte Flasche 5 $\frac{3}{4}$, wo die Flaschen da alle zusammengekauft wurden, davon macht man sich so leicht keinen Begriff; sogar die Schutthaufen wurden darnach abgeleert. Man ist vielfach der Meinung, daß der Patentverschluß die Flasche besser verschließt als der Korzkopf, das ist ein Irrthum: Ein guter Korzkopf verschließt viel besser als der Patentverschluß. Davon kann sich Jeder selbst überzeugen, wenn er sich zwei Flaschen Bier holt, die eine mit Korzkopf, die andere mit Patentverschluß, das Bier aus ersterer schäumt besser und schmeckt auch besser als das aus letzterer. Aus welchem Grunde würden sonst wohl die Flaschen mit besserem Bier, das für die sogenannte bessere Gesellschaft bestimmt ist, mit Korzköpfen verschlossen? Aber auf die untersten Volkschichten wird keine Rücksicht genommen, die sind da, die Dindende zu erhöhen, weil sie es sich gefallen lassen.

Die deutschen Korzköpferfabrikanten aber, die jetzt über den Niedergang der deutschen Korzköpferindustrie jammern, tragen selbst die Schuld daran, daß in dem Patentverschluß ihnen ein so mächtiger Konkurrent erwachsen ist. Würden sie sich herbeilassen, nur gutes Material zu verarbeiten und dabei auskömmliche Arbeitslöhne zu zahlen, so würden sie bald einsehen, daß sie trotz der Einfuhr ausländischer Waare wohl konkurrenzfähig wären, und die Konkurrenz des Patentverschlusses wäre bald im Interesse der Allgemeinheit auf ein geringes Maß zurückgedrängt, wenn nicht gar ganz beseitigt.

Ueber den Einfluß der bei den Krankenkassen festgesetzten durchschnittlichen Tagelöhne auf die Höhe der Krankenunterstützung und der Beiträge zur Invalidenversicherung.

Die meisten Krankenkassen im Deutschen Reich haben ihre Mitglieder nach Alter und Geschlecht in Klassen eingetheilt, wobei gewöhnlich, in Bezug auf das Alter, zwischen Personen unter und über 16 Jahre unterschieden wird. Entsprechend dieser in jeder Beziehung höchst ungerechten Einteilung ist auch für die einzelnen Klassen der durchschnittliche Tagelohn, nach welchem die Beiträge und Leistungen der Kasse bemessen werden, festgesetzt.

Welche Bedeutung der durch die Klassenpausen festgesetzte durchschnittliche Tagelohn hat, geht daraus hervor, daß durch denselben das Interesse der Kassenmitglieder nicht nur bei der Kranken-, sondern auch bei der Invalidenversicherung in erheblichem Maße berührt wird. Dasselbe ist der Fall in dem Verhältnis zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, so weit diese den Kassen für an Unfallverletzte gewährte ärztliche Behandlung und Arznei u. Ersatz zu leisten haben.

Im Allgemeinen bewegt sich der von den Kassen festgesetzte durchschnittliche Tagelohn in derselben Höhe, wie der am Sitz der Kasse für die Gemeinde festgesetzte ortsübliche Tagelohn, über dessen Höhe die Arbeiterschaft meist mit Recht Klage führt. Es geht eben nicht an, 16jährige Arbeiter mit vielleicht $\frac{1}{2}$ Wochenverdienst mit erwachsenen Arbeitern mit einem Wochenverdienst von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ über — wie man zu sagen pflegt — „einen Kamm zu scheeren“.

Das weibliche Geschlecht ist aber nicht nur durch diese Klassenunterschiede, sondern auch durch die Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes in noch erheblicherer Weise benachteiligt, denn es ist bekannt, daß es Industriezweige giebt, in denen — bei gleicher Affordlohn — die weiblichen Arbeiter denselben Wochenverdienst erzielen wie die männlichen.

Da es es denn erträulich erscheinen zu können, daß immer mehr Krankenkassen dazu übergehen, ihre Mitglieder nicht nach Alter und Geschlecht, nach ihrer wirklichen Verdienste in Klassen einzuteilen.

Es kann kein zweifelhafter Grund dagegen angeführt werden, bei gleichem Verdienste die Beiträge und Leistungen bei den Krankenkassen für männliche und weib-

liche Mitglieder in gleicher Höhe festzusetzen. Zudem haben die Krankenkassen selbst ein sehr erhebliches Interesse daran, daß die Mitglieder, und nicht zuletzt die weiblichen, auf Grund ihres Arbeitsverdienstes den Klassen mit höherem durchschnittlichen Tagelohn zugetheilt werden, da die Mitglieder, welche hohe Beiträge zahlen, gegenüber solchen mit geringen Beiträgen prozentual in viel höherem Maße zu den Kosten für ärztliche Behandlung, Arznei, Krankenhauspfllege, Verwaltung, Reservefonds usw. beitragen. Auch noch in anderer Beziehung zeitigt die Klasseneinteilung nach dem Arbeitsverdienste gegenüber der nach Alter und Geschlecht und damit die Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes ganz interessante Ergebnisse.

Bei der Ortskrankenkasse, bei der Verfasser dieses thätig ist, waren die Mitglieder früher nach Alter und Geschlecht in Klassen eingetheilt. Die weiblichen Mitglieder erhielten im höchsten Falle an Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützung wöchentlich $\frac{1}{2}$ 28, das Sterbegeld betrug $\frac{1}{2}$ 38,40. Nach der heutigen Einteilung nach dem Arbeitsverdienste haben von circa 2200 weiblichen Mitgliedern 88 pzt. Anspruch auf ein wöchentliches Krankengeld bis zu $\frac{1}{2}$ 5,70 und 62 pzt. auf $\frac{1}{2}$ 7,50, $\frac{1}{2}$ 9,60 und $\frac{1}{2}$ 12; diese 62 pzt. haben ferner Anspruch auf Sterbegeld von $\frac{1}{2}$ 62,50, $\frac{1}{2}$ 80 und $\frac{1}{2}$ 100.

Früher betrug das geringe Krankengeld 55 pzt. des Tagelohnes, jetzt das höhere nur 50 pzt. desselben. Durch die neue Klasseneinteilung hat die bare Unterstüttzung gegen früher eine 30prozentige Erhöhung erfahren; dabei sind die Beiträge von 2,9 auf 2,5 pzt. des durchschnittlichen Tagelohnes ermäßigt worden.

Es ergibt sich somit, daß eine Klasse, welche ihren Mitgliedern 50 pzt. des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld zahlt, damit unter Umständen mehr leistet, als eine andere Klasse, die mehr als 50 pzt. zahlt. Statistische Veröffentlichungen, sobald diese nachweisen sollen, daß Klassen, welche Krankengeld von mehr als 50 pzt. des durchschnittlichen Tagelohnes zahlen, effektiv mehr Krankengeld gemahren, als Klassen mit nur 50 pzt., sind, wie nachgewiesen, völlig wertlos.

Aber nicht nur die Einteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienste ist für die Kassenmitglieder von höchster Wichtigkeit, sondern auch die Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes für die auf dieser Grundlage gebildeten Klassen. Manche Kassen haben z. B. folgende oder eine ähnliche Festsetzung getroffen:

Verdienst pro Tag	Klasse	Durchschnittlicher Tagelohn	Krankengeld pro Tag
Bis zu $\frac{1}{2}$ 1,20	I	—,90	—,45
Von $\frac{1}{2}$ 1,20 bis $\frac{1}{2}$ 1,80	II	1,50	—,75
" " 1,80 " 2,40	III	2,10	1,05
" " 2,40 " 3,—	IV	2,70	1,35
" " 3,— " 3,60	V	3,30	1,65
" " 3,60 und mehr	VI	4,—	2,—

Diese Festsetzung hat für die Arbeiter den Nachtheil, daß die Versicherten in Klasse I mit über 90 $\frac{3}{4}$, in Klasse II über $\frac{1}{2}$ 1,50, in Klasse III über $\frac{1}{2}$ 1,20, in Klasse IV über $\frac{1}{2}$ 2,70, in Klasse V über $\frac{1}{2}$ 3 täglichem Verdienste im Erkrankungs-falle keine 50 pzt. ihres Arbeitsverdienstes als Krankengeld erhalten. Die Kassen sollen deshalb dazu übergehen, den Höchstbetrag, mit dem eine Klasse nach oben abschließt, für dieselbe als durchschnittlichen Tagelohn festzusetzen. Derselbe würde dann, um bei obigem Beispiele zu bleiben, betragen in:

Klasse	I	II	III	IV	V	VI
$\frac{1}{2}$ 1,20	1,80	2,40	3,—	3,60	4,—	

Auf diese Weise erhalten die Versicherer in allen Fällen mindestens 50 bis 66 $\frac{2}{3}$ pzt. des Arbeitsverdienstes als Krankengeld, mit Ausnahme derjenigen mit einem Verdienste von über $\frac{1}{2}$ 4 täglich.

In Folgendem soll nunmehr der Einfluß beleuchtet werden, den die Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes auf die Höhe der Beiträge zur Invalidenversicherung hat und dadurch auf die eventuell zu beanspruchende Invaliden- oder Altersrente.

Mit einigen Ausnahmen ist für die Zugehörigkeit der Versicherten zu den fünf Lohnklassen nicht die Höhe des tatsächlichen Jahresarbeitsverdienstes, sondern ein Durchschnittsbetrag maßgebend.

Nach § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes gilt für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, (Fabrik-), Bau- oder Innungs-Krankenkasse als Jahresarbeitsverdienst der dreihundertfache Betrag des im Kassenstatut festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes. Beträgt nun z. B. bei einer Krankenkasse, welche ihre Mitglieder nach Alter und Geschlecht in Klassen eingetheilt hat, der durchschnittliche Tagelohn für die weiblichen Mitglieder $\frac{1}{2}$ 1,50 und für die männlichen $\frac{1}{2}$ 2,50, so gehören die weiblichen Mitglieder ($300 \times 1,50 = \frac{1}{2}$ 450 Jahresverdienst) zur Lohnklasse II und die männlichen Mitglieder ($300 \times 2,50 = \frac{1}{2}$ 750 Jahresverdienst) zur Lohnklasse III. Somit sind für die weiblichen Mitglieder in der betreffenden Krankenkasse Marken à 20 $\frac{3}{4}$ und für die männlichen Mitglieder Marken à 24 $\frac{3}{4}$ zu haben.

Bekanntlich ist aber bei unserer sozialen Gesetzgebung keine Regel ohne Ausnahme. So auch hier.

§ 34 des Invalidenversicherungsgesetzes lautet nämlich ferner: Sofern im Voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und diese höher ist, als der für den Versicherten nach dem im Krankenkassenstatut festgesetzten durchschnittlichen Tagelohn sich ergebende Durchschnittsbetrag, so ist diese höhere Vergütung bei der Zuweisung zu einer Lohnklasse der Invalidenversicherung zu Grunde zu legen. Für diese Arbeiter kommen dann die durch das Invalidenversicherungsgesetz gebildeten Lohnklassen — natürlich nur für die Invalidenversicherung — in Betracht und gehören dieselben bei einem Jahresarbeitsverdienst:

Bis zu $\frac{1}{2}$ 350	zur Klasse I mit 14 $\frac{3}{4}$ -Marken
Von mehr als $\frac{1}{2}$ 350 bis zu 550	II " 20 " "
" " " 550 " 850	III " 24 " "
" " " 850 " 1150	IV " 30 " "
" " " 1150	V " 36 " "

Für die so bezahlten weiblichen Mitglieder der Krankenkasse würden also — im Gegensatz zu den Affordarbeitern —, sobald der Jahresarbeitsverdienst mehr als $\frac{1}{2}$ 650 beträgt,

Marken à 24 bezw. 30, bezw. 36 und für die männlichen Mitglieder, bei einem Jahresarbeitsverdienst von $\frac{1}{2}$ 850, Marken à 30, bezw. 36 zu verwenden sein. Diese auf dem Gesetz beruhende Verschiedenheit in der Behandlung der Versicherten, je nachdem dieselben Afford- oder Wochenlohn erhalten, fällt durchweg zum Nachtheil der Affordarbeiter aus. Für einen solchen Arbeiter sind, wenn derselbe Mitglied einer Krankenkasse ist, die den durchschnittlichen Tagelohn erwachsener männlicher Arbeiter auf $\frac{1}{2}$ 2,60 festgesetzt hat, bei einem Verdienste von vielleicht jährlich $\frac{1}{2}$ 1500 nur Marken à 24 $\frac{3}{4}$ zu verwenden, für ein Mitglied derselben Klasse dagegen, welches bei Wochenlohn jährlich vielleicht nur $\frac{1}{2}$ 1160 verdient, Marken à 36 $\frac{3}{4}$.

Die Arbeiter müssen aber das größte Interesse daran haben, daß sie, unbeschadet der Lohnform, bei der Invalidenversicherung in der höchsten Klasse versichert sind, denn die Invalidenrente beträgt für einen Arbeiter, der im Falle der Invalidität 500 Wochenbeiträge zu 24 $\frac{3}{4}$ nachweisen kann, jährlich $\frac{1}{2}$ 170, dagegen bei 500 Wochenbeiträgen zu 36 $\frac{3}{4}$ jährlich $\frac{1}{2}$ 210. Die Altersrente würde jährlich $\frac{1}{2}$ 170 bezw. $\frac{1}{2}$ 230 betragen. Für einen jährlichen Beitrag von $\frac{1}{2}$ 3 sichert sich somit der Arbeiter nach zehn Jahren eine um $\frac{1}{2}$ 40 höhere jährliche Invalidenrente. Nun haben aber die Krankenkassen die Möglichkeit, diese schädigende Ungleichheit der Versicherten durch einfache Maßnahmen zu beseitigen. Es ist nur erforderlich, sämtliche Kassenmitglieder auf Grund ihres Arbeitsverdienstes in Klassen einzuteilen und den Höchstbetrag, mit dem eine Klasse nach oben abschließt, als durchschnittlichen Tagelohn festzusetzen. Auf diese Weise wird der im Affordlohn erzielte Jahresarbeitsverdienst ebenso in voller Höhe für die Invalidenversicherung erzielt, wie der durch Wochen- oder Monatslohn erzielte Jahresarbeitsverdienst. Eine derartige Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes ist auch nicht unwichtig für die mit der Einziehung der Beiträge für die Invalidenversicherung betrauten Krankenkassen, weil dadurch die Geschäftsführung ungemein vereinfacht wird, indem für alle Kassenmitglieder in derselben Klasse auch gleiche Marken zu verwenden sind.

Wie verschieden die Abgrenzung der einzelnen Klassen und die Festsetzung des durchschnittlichen Tagelohnes auf die Höhe der für einen Versicherten zu verwendenden Marken wirkt, wollen wir an einigen Beispielen zeigen.

Verdienst pro Tag	Bis $\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,20 bis $\frac{1}{2}$ 1,80	$\frac{1}{2}$ 1,80 bis $\frac{1}{2}$ 2,40	$\frac{1}{2}$ 2,40 bis $\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 3,— bis $\frac{1}{2}$ 3,60	$\frac{1}{2}$ 3,60 u. mehr
Durchschnittlicher Tagelohn	$\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,80	$\frac{1}{2}$ 2,40	$\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 3,60	$\frac{1}{2}$ 4,—
Jahresarbeitsverdienst	360,—	540,—	720,—	900,—	1080,—	1200,—
Beitrag für die Inb.-Vers.	—,20	—,20	—,30	—,30	—,30	—,36

Verdienst pro Tag	Bis $\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,20 bis $\frac{1}{2}$ 1,80	$\frac{1}{2}$ 1,80 bis $\frac{1}{2}$ 2,40	$\frac{1}{2}$ 2,40 bis $\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 3,— bis $\frac{1}{2}$ 3,60	$\frac{1}{2}$ 3,60 u. mehr
Durchschnittlicher Tagelohn	$\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,80	$\frac{1}{2}$ 2,40	$\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 3,60	$\frac{1}{2}$ 4,—
Jahresarbeitsverdienst	360,—	540,—	720,—	900,—	1080,—	1200,—
Beitrag für die Inb.-Vers.	—,20	—,20	—,30	—,30	—,30	—,36

Zu I: Hier ist der mittlere Lohnbetrag einer Klasse als Durchschnittslohn festgesetzt. Bei dieser Festsetzung bleibt wegen der Lohnform, der bereits besprochene Unterschied zwischen den Arbeitern in der Höhe der Beiträge zur Invalidenversicherung bestehen. Zu II: Hier bildet der Höchstlohn einer Klasse auch den Durchschnittslohn. Die bei I erwähnten Unterschiede fallen fort und in zwei Klassen sind höhere Marken zu verwenden.

Wie bei geschickter Begrenzung der Lohnklassen auch schon bei geringerem Verdienste erreicht werden kann, daß für die Versicherten Marken höherer Lohnklassen zu verwenden sind, wollen wir an zwei Beispielen, die sich natürlich beliebig vermehren lassen, zeigen.

Verdienst pro Tag	Bis $\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,20 bis $\frac{1}{2}$ 1,80	$\frac{1}{2}$ 1,80 bis $\frac{1}{2}$ 2,60	$\frac{1}{2}$ 2,60 bis $\frac{1}{2}$ 3,60	$\frac{1}{2}$ 3,60 u. mehr
Durchschnittl. Tagelohn	$\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,90	$\frac{1}{2}$ 2,60	$\frac{1}{2}$ 3,30	$\frac{1}{2}$ 4,—
Jahresarbeitsverdienst	360,—	570,—	780,—	990,—	1200,—
Beitrag für die Inb.-Vers.	—,20	—,24	—,24	—,30	—,36

Verdienst pro Tag	Bis $\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 1,20 bis $\frac{1}{2}$ 2,—	$\frac{1}{2}$ 2,— bis $\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 3,— u. mehr
Durchschnittl. Tagelohn	$\frac{1}{2}$ 1,20	$\frac{1}{2}$ 2,—	$\frac{1}{2}$ 3,—	$\frac{1}{2}$ 4,—
Jahresarbeitsverdienst	360,—	600,—	900,—	1200,—
Beitrag für die Inb.-Vers.	—,20	—,24	—,30	—,36

Die Vortheile, welche die Klasseneinteilung der Kassenmitglieder nach ihrem Arbeitsverdienste und die Festsetzung des „durchschnittlichen“ Tagelohnes für die Versicherten im Falle der Krankheit und Invalidität hat, dürften manchen Kassen Veranlassung geben, ihr Statut einer Aenderung zu unterziehen.

Stundlohn.

Der Hungertarif ist angenehm! Die Junker und deren Anhang haben einen Gewaltstreik verübt und getagt die ganze Nacht hindurch, um noch vor den Feiertagen die sicher zu erwartenden Millionen unter Dach zu bringen. Das arbeitende Volk mag den Hungertarifen fester anziehen, das kimmert die brutale Junkerfamilie nicht. Die Zentrumsvätern, welche die Annahme des Hungertarifs verschuldet haben, werden auf den Kanälen die Augen berdehen und mit heuchlerischen Mienen ausrufen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgerufen!“ Wenn es wirklich ein Gottesgericht gäbe, könnte diese ruchlose That der Klassen nicht ungestraft bleiben. Das Volksgericht wird im nächsten Jahre sein Urtheil sprechen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Den Zahlstellen Püßfen, Hof und Lahr wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, vom 1. Januar an einen Lokalbeitrag von 5 % pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Desgleichen wird den Zahlstellen Badnang und Osabrück die Genehmigung erteilt, einen Lokalbeitrag von 10 % pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar für Osabrück mit Wirkung vom 1. Dezember, für Badnang vom 1. Januar.

Die Fragebogen für die allgemeine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind nunmehr an alle Zahlstellen und Einzelmitglieder versandt worden. Indem wir auf die den Personen-, Werkstatt- und Ortsfragebogen aufgedruckten Erläuterungen, wie auch auf das jeder Sendung beigefügte Zirkular aufmerksam machen, bitten wir um sofortige Mittheilung, falls die Sendung irgendwo nicht eingetroffen oder die Anzahl der Fragebogen für den örtlichen Bedarf nicht ausreichend sein sollte.

Von der Generalkommission ist mit unserem Einverständnis allen 3. Stellen ein Zirkular nebst Fragekarte, betreffend die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung, zugegangen. Wir richten an unsere Zahlstellenverwaltungen das Ersuchen, die ausgefüllte Fragekarte bis 20. Dezember an die Generalkommission zurückzusenden.

Die Mitglieder in allen Zahlstellen machen wir auf den bevorstehenden Jahresabschluss aufmerksam und ersuchen um rechtzeitige Zahlung der Beiträge, damit die Abrechnungen für das vierte Quartal keine Verzögerung erleiden.

Die der Hauptkasse zukommenden Verbandsgelder ersuchen wir noch vor Jahreschluss an den Hauptkassierer einzusenden. In jedem Falle wollen die Revisoren der Zahlstellen bei Vornahme der Revision im Januar darauf achten, daß alle überschüssigen Gelder an die Hauptkasse eingesandt werden.

Der Tischler Albert Belk, geb. 23. 4. 77 zu Dresden, Buchn. 61121, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen an die Verbandskasse nachzukommen. Zugleich ersuchen wir alle Mitglieder, wenn möglich, den jetzigen Aufenthalt des Belk an uns mitzutheilen.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt: 62687 Herrn Kessel, Drechsler, geb. 30. 10. 75 zu Schönau. 111770 Alfons Wicher Drechsler, geb. 12. 1. 45 zu Berlin. Stuttgart, 13. Dezember 1902.

Der Verbandsvorstand.

Sterbefafel.

- Fritz Haas, Tischler, geb. 26. 6. 75 zu Breslau, gest. 15. 11. 02 zu Breslau. Bruno Goppa, Tischler, geb. 25. 9. 51 zu Reichenthal, gest. 27. 11. 02 zu Breslau. W. Theinmann, Pianofortarbeiter, geb. 28. 12. 74 zu Bisdorf gest. 7. 12. 02 zu Leipzig. Karl Leonhardt, Klaviaturmacher, geb. 17. 3. 53 zu Leipzig, gest. 9. 12. 02 zu Leipzig. Richard Buchholz, geb. 31. 3. 76 zu Königsau, gest. am 8. 12. 02 zu Burg. Alois Müller, Klaviermacher, geb. 4. 9. 43 zu Schlingen, gest. 6. 12. 02 zu Stuttgart. Gustav Hoffmann, Klammacher, geb. 19. 3. 76 zu Raumburg, gest. 11. 12. 02 zu Raumburg a. d. S.

Chreihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

Wochenem. Bei der Firma Kutsche & Co. berückeln sich für unsere Kollegen (Drechsler) die Verhältnisse von Tag zu Tag. Die Inhaber der Firma, Kutsche und Stelzer, kamen vor zirka 5 Jahren nach hier und etablierten sich, und man darf sagen, daß aus recht wenig bei den Herren recht viel geworden ist; sie sind in der kurzen Zeit zu wohlhabenden Leuten geworden. Und dieses vornehmlich dadurch, daß sie auf die raffinierteste Weise die Arbeitskraft unserer Kollegen ausnützten. Recht oft hatten wir daher mit der Firma Differenzen. Immer das Wort: „Wir müssen billiger liefern“, und ein Lohnabzug stand in sicherer Aussicht. So hat man in den letzten Jahren die Akkordlöhne ganz bedeutend, für einzelne Artikel um 33% bis 50 pSt., gekürzt. Vor allen Dingen möchten wir die Art und Weise charakterisieren, in welcher dieses fertig gebracht wird. Es fragen nämlich immer noch von auswärts eine Reihe Kollegen wegen Arbeit bei der Firma an. Man theilt ihnen mit, daß „augenblicklich“ noch kein Platz frei sei. Wenn man aber eine Reihe solcher Angebote auf „Lager“ hat, so folgt gewöhnlich

für die Kutsche'schen Arbeiter die Ankündigung, wir können für diese Arbeit nur noch so und so viel zahlen, wenn Sie dafür den Artikel nicht machen können, haben wir keine Arbeit mehr; wenn dann die Kollegen aufhören, war bisher der Platz immer recht schnell besetzt, weil die auswärtigen Kollegen bisher immer noch glaubten, bei Kutsche sei das reine Eldorado; wenn dann die Kollegen in Wochenem in Arbeit traten, sahen diese ihr Elend recht bald ein und wünschten sich schleunigst wieder fort. Den Drechslern ist jetzt wieder eine ganz bedeutende Lohnreduktion angekündigt; den Polirern wurde erklärt, daß in Zukunft fast alle Artikel mit dem Pinsel „polirt“ würden, daß man aber keine 88 % Stundenlohn mehr bezahlen würde, sondern im höchsten Falle 25 %! Die Kollegen bei Kutsche sind sämtlich organisiert. Auf jeden Fall ersuchen wir die deutschen Kollegen, den Zugzug fernzuhalten, denn der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!

Brand. Von den Löhnen, welche in der Langenauer Holzwaarenfabrik, Gebr. Krause, gezahlt werden, kann man mit Recht sagen: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben noch zu viel.“ 10, 14 und 17 % pro Stunde, nur in Einzelfällen giebt es einige Pfennige mehr. Selbst Maschinenarbeiter, über 20 Jahre alt, riskiren für 14 % Stundenlohn ihre gesunden Gliedmaßen. Haben drei Arbeiter in 1 1/2 Stunden nicht eine Ladung Holz (200 Bretter abgezogen, und das bei einem Stundenlohn von 13 %). Der eine der Herren Firmeninhaber scheint den Beruf eines großen Pädagogen in sich zu fühlen, ist aber in der Wahl seiner Erziehungsmittel nicht gerade wählerisch, und deshalb wäre dem Herrn zu rathen, keinen Krjus bei Oertel, sondern bei einem Pestalozzi zu nehmen. Den Arbeitern der Umgegend, den Drechslern, Tischlern, Maschinenarbeitern und Stellmachern rathen wir, die Fabrik der Herren Krause so lange nicht zu überlaufen, als die Arbeiter sich dort nicht besserer Löhne und Behandlung erfreuen können.

Dresden. Zu der im vorigen Monat stattgefundenen öffentlichen Stellmacherversammlung waren von den aus 60 Werkstätten eingeladenen Kollegen ganze 15 Mann erschienen. Die Interesslosigkeit der Kollegen ist ebenso groß, als die Akkordpreise niedrig sind. Festgestellt wurde, daß die Löhne in Hamburg durchschnittlich 30 pSt., in Berlin 20 bis 25 pSt. höher sind als in Dresden. Selbst in dem etwas verrufenen Hartha wird verhältnismäßig besser bezahlt als hier. Um die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, soll eine Hausagitation vorgenommen werden. Auf den der Innung gemachten Vorschlag: Herberge und Arbeitsnachweis in das Volkshaus zu verlegen, ist ein abschlägiger Bescheid eingegangen. Es soll nunmehr die Innung ersucht werden, statutengemäß, unter Hinzuziehung des Gesellenauschusses, über den Punkt zu verhandeln.

Eisenach. An den vielen Miskelligkeiten, die in den verschiedensten Formen der Lohnreduktionen sich bemerkbar machen, sind unsere eigenen Kollegen zum großen Theil schuld. Sie nehmen dieselben hin, als sei das etwas Selbstverständliches und brauche man darüber garnicht mehr zu reden. Gegenwärtig haben wir Differenzen mit einem Wirth, der sehr gern bereit ist, uns seinen Saal zu Vergnügungen zur Verfügung zu stellen, aber dieselbe nicht zu Versammlungen. Wir sind nun der Meinung, daß man in diesem Falle auch ohne ein Tanzvergnügen fertig wird. Wer uns seinen Saal nicht zur Verfügung unserer nächstliegenden ersten Interessen zur Verfügung stellt, dem tragen wir auch nicht unsere Groschen hin, wenn wir mal ein Vergnügen abhalten.

Selmstedt. In Nr. 44 suchte der Inhaber der Firma Richard Salfeld tüchtige Buffettischler auf Lohnende und dauernde Arbeit. Bisher wurden in dem Geschäft nur Patent-Kaufleuteische gemacht; ob der Abfaz nun nicht mehr so ist, wie bisher, oder ob andere Gründe zum Uebergang zu einem anderen Artikel gedrängt haben, mag dahingestellt sein. Das Eine müßte die Firma aber einsehen, daß bei den von ihr gezahlten Preisen für Buffettischler ein Lohnender Verdienst unmöglich ist. Ein tüchtiger Spezialarbeiter bringt es pro Woche auf höchstens 16 bis 18 bei einer Zugabe von 7 bis 9 Ueberstunden. So ist es denn so weit gekommen, daß die Kollegen gehen und kommen. Niemand hält es lange aus; von einem dauernden Arbeitsverhältnis kann unter solchen Umständen gar keine Rede sein. Leider ist aber auch die Interesslosigkeit der Kollegen so groß, daß an eine Abhilfe garnicht zu denken ist. Möchten sie wenigstens zur Versammlung kommen, damit über die Mittel zur Abwechslung diskutiert werden könnte. Nun, vielleicht kommen sie zur nächsten Versammlung.

Kolmar i. Posen. Am 11. d. M. fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Dieselbe war gut besucht; Kollege Stusche-Werlin referirte über: „Zweck und Ziel der Organisation“. Hierauf wurde eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet, der sofort 18 Kollegen beitraten. Kollege Stusche ermahnte die neuen Mitglieder treu und fest zur Organisation zu halten und fleißig für dieselbe zu agitiren. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband schloß die Versammlung. Die Mitglieder der neu gegründeten Zahlstelle haben bereits sechs Tage später erfahren müssen, wie die Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter achten, denn am Sonnabend, den 6. d. M., wurden sämtliche Kollegen, die dem Verbands angehören, von den beiden Unternehmern Hartmann und Reklaff (Waugeschäfte) mit der Begründung gekündigt: „Solche Leute, die dem Verbands angehören, beschäftigen wir nicht weiter; mer aber eine Beschäftigung mitbringt, daß er aus dem Verbands austritt, kann weiter arbeiten.“ Da sehen die Kollegen wieder einmal, wie das Unternehmertum die Organisation haßt und ihnen kein Mittel schlecht genug ist zu ihrer Unterdrückung. Das soll ihnen aber nicht gelingen, denn die Kollegen sind fest entschlossen, mit Hilfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes diesen Gewaltakt der Unternehmer abzuwehren. Wir ersuchen nun die auswärtigen Kollegen, K o l m a r i. P o s e n v o r l ä u f i g g ä n z l i c h z u m e i d e n. Die beiden Unternehmern werden wahrscheinlich in den bürgerlichen Blättern nach Tischlern wachen; mögen die Kollegen darauf achten und sich nicht durch glänzende Versprechungen nach hier locken lassen, denn die Arbeitsverhältnisse sind hier die denkbar traurigsten. Darüber werden wir später noch berichten.

Münster am Deister. Am 29. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Becker-Hannover die Verhältnisse hier am Orte besprach. Unter

Die Reaktion an der Arbeit. Menthalben im Lande, wo das Scharfmacherthum sich besonders breit macht, wird die Reaktionären jetzt besonders günstig erscheinende Zeit zur Erreichung ihrer Zwecke auszunutzen versucht. Von Eßen, Bochum, Aiel, Breslau, Spandau und Augsburg wird berichtet, daß der dortigen Arbeiterschaft in den Großbetrieben Zustimmungskundgebungen an den Kaiser, aus Anlaß seiner von uns schon gewürdigten Essener und Breslauer Reden, abgeprecht werden. Zuderbrot und Peitsche kommt da in reichlichem Maße zur Anwendung.

So wird aus Breslau berichtet, daß dort in einer Fabrik alle jene Arbeiter, welche sich zu einer Kundgebung des Kaisers bereit finden ließen, von ihrem Chef je zwei Zentner Kohlen geschenkt erhielten. Gingegen wird aus Magdeburg mitgeteilt, daß im dortigen Krupp-Gewerkschaftswerke zwei Arbeiter entlassen worden sind, weil sie das Kundgebungsstelegramm an den Kaiser nicht mit unterschrieben haben. Der eine Arbeiter ist der Eisendreher Adolf Krugner, der 22 Jahre auf dem Werke gestanden hat, der andere ist der Dreher Adolf Andre, aus dessen Arbeitskraft das Gewerkschaftswerk 16 Jahre lang Kapital geschlagen hat. Wer will nun noch behaupten, daß die Arbeiter dieses Werkes die Unterchrift unter das Kundgebungsstelegramm freiwillig geleistet haben? Die Arbeiter haben in ihrer großen Mehrheit unterschrieben, bebend, zitternd, ihrer besseren Ueberzeugung zuwider, weil der Hunger mit seinen Schrecken sich vor ihren Augen malte.

Die ganze Kuchlosigkeit des Scharfmacherthums, das die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse dazu benutzt, um die Arbeiter zur Vertheiligung an einer, ihrer Ueberzeugung auf's Tiefste widersprechenden Kundgebung zu zwingen, zeigt aber folgender Fall in Bochum. Dort wurde in einem Krupp'schen Unternehmen den Arbeitern eine Adresse an den Kaiser zur Unterschift vorgelegt, die neben der gebräuchlichen Bejubelung der Essener und Breslauer Reden folgende Niederträchtigkeit enthält:

„Zugleich möchten wir Euer Majestät allerunterthänigst bitten, in einer Aenderung der Gesetzgebung die Initiative ergreifen zu wollen, damit der weiteren Vergiftung unseres Volksebens durch eine verwerfliche Kampfesweise vorgebeugt werden kann.“

Es heißt jedenfalls den Gipfel der Schamlosigkeit erklimmen, wenn man die Arbeiter im Angesichte des Hungers zu solchen Handlangerdiensten für die Reaktion zwingt. Das hat gerade noch gefehlt, um der Arbeiterschaft die Augen zu öffnen über die Gemeingefährlichkeit der brottwucherischen Reaktion. Nach all' diesen Entrechtungs- und Vergehrungsstreichen jener nur für ihre Taschen arbeitenden Interessencliquen kann es für die organisierte Arbeiterschaft keine verdienstlichere Aufgabe geben, als die entschiedenste Bekämpfung der vereinigten Reaktion es ist.

Von der Besten aller Welten. Die Tagespresse berichtet folgendes: In einer Sitzung der Nachener Strafkammer erging ein ungewöhnlich strenges Urtheil auf Grund des code pénal. Ein Schreinergerelle aus Baals hatte am 8. Oktober in einem Hause in Neutral-Moresnet, wo noch der code pénal, das alte französische Strafgesetzbuch, in Kraft ist, gebettelt. Einen ganzen deutschen Reichspfennig hatte er erhalten. Auf Grund des Artikels 276 des code pénal wurde er wegen dieses Vergehens zu der „geringsten zulässigen Strafe“ von sechs Monaten verurtheilt.

Das wäre ja so einmal ein Urtheil nach dem Herzen der „Köln. Bzg.“, die noch jüngst gefordert hat, daß die Polizei rücksichtslos gegen die „Rechtbrüder“ vorgehen möge, um die Bettlerplage aus der Welt zu schaffen.

Ein Arbeitswilliger, ein für das Staatswohl so „nützliches Element“, in eigener Beleuchtung. In einer öffentlichen Bildhauerversammlung in Leipzig stellte sich ein Streifbrecher, der früher Vorsitzender der Agitationskommission der Bildhauer für Württemberg, Baden und Elsaß war, mit folgenden Worten vor: „Ich bin der berühmteste Streifbrecher von Leipzig, mein Name ist Wieland.“ Es wurde ihm dann von seinen ehrlichen Kollegen das Unwürdige seines Benehmens vorgehalten, worauf er selbst konstatierte, daß er der verachtteste und bestgehaßte Bildhauer in Leipzig sei, „aber er mache sich nichts daraus, im Gegentheil, er freue sich darüber.“ Dieser Wieland ist aber kein Ausnahmefall, er ist vielmehr der Typus der Streifbrecher, die von einer Reichsregierung als „nützliches Element des Staates“ erklärt und zu deren Schutz die berüchtigte Zuchthausvorlage geschaffen wurde. Wegen solcher moralisch tiefstehenden Subjekte sollten die ehrlichen Arbeiter in's Zuchthaus geschickt werden. Wie tief man damit seitens der Regierung wie der Justiz herabsteigt, scheint man in jenen Kreisen nicht zu ahnen.

Nur um Gotteswillen nicht mehr Arbeiterschm! In der „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt unter der Rubrik „Was geht vor“, Custos (der Wächter über der Janze), daß wieder „sozialpolitische Anregungen aller Art in der Luft schweben“. So sei dem Reichstage ein Gesekentwurf zugegangen, wonach weißer oder gelber Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaren . . . verboten wird. Von einer „Entschädigung der Fabrikanten sei keine Rede“.

Der Gewinn ist bei den Fabrikanten die Hauptsache, die Tausende durch Phosphormerke verunstalteten und zu Krüppeln gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen kümmern sie nichts, und wenn dieser verderbenbringenden Produktion ein Ende gemacht werden soll, dann fragen die Ausbeuter: „Wo ist unsere Entschädigung?“! Mögen sie doch Zündhölzer anfertigen mit anderen, nicht gesundheitsgefährlichen Materialien, und die Sache ist erledigt. Wir hoffen, daß, wenn es keine Zündhölzer mit weißem oder gelbem Phosphor mehr giebt, die Welt noch nicht untergehen wird, und sind auch sonst der Ueberzeugung, daß, wenn die Phosphor-Zündholzfabrikanten des Arbeiterschusses wegen nicht mehr mitmachen und nicht mehr ausbeuten können, die Welt ihnen keine Thräne nachweinen wird, wenn sie aus ihr verschwinden.

Anderem getheilte er das Vorgehen bei Gebr. Jören, Stuhlfabrik Rahlmühle, welche in letzter Zeit jedem Arbeiter am Zahltag von der verdienten Summe 10 pSt. abgog. Wenn Jemand A 30 in 14 Tagen verdient hat, werden ihm nur A 27 ausbezahlt. Dabei sind die Abschläge an und für sich so niedrig, daß schon ohne diesen Abzug damit nicht auszukommen ist. Bei der Firma W a n n e r z werden immer neue Sorten Stühle eingeführt, doch wird für diese, obwohl eben so viel Arbeit an denselben ist, wie an den früheren Sorten, erheblich weniger gezahlt. Mehnlich geht es in den übrigen Stuhlfabriken zu. Schuld hieran trägt die Gleichgültigkeit der Kollegen, die sich in den Versammlungen nicht sehen lassen und um ihre eigenen Interessen sich nicht kümmern. Am letzten Sonntag fand hier eine Hausagitation statt und dürfen wir mit dem Erfolge zufrieden sein, notwendig ist jedoch, daß die Kollegen die Gleichgültigkeit abstreifen und sich mehr in den Versammlungen einfinden.

Ulm. In der hiesigen Bau- und Möbelfabrik Bielath bestehen recht verbesserungsbedürftige Zustände. Vor Allem ist das Kompagnieverzeug nicht ausreichend und nicht in gebrauchsfähigem Zustande. Auch die Abortverhältnisse lassen Manches zu wünschen übrig. Die Löhne entsprechen keineswegs den hohen Preisen für Wohnung und Lebensmittel. Der ortsübliche Tagelohn von A 2,80 wird nur selten erreicht. Trotzdem sind die Arbeiter dieser Fabrik nicht zu bewegen, einmal darüber nachzudenken, daß es so doch nicht fortgehen und nicht besser werden kann. Alle Bemühungen der Vertretung, diese Kollegen zu organisieren, blieben erfolglos. Zufrieden mit ihrem Loos sind diese Kollegen nun keineswegs, sondern so unzufrieden wie nur möglich, aber auch ebenjenseitig und gleichgültig sind sie. Wir werden den Mut nicht verlieren; endlich wird und muß es ja doch besser werden.

Zeitz. Eine am 5. Dezember stattgefundene Sektionsversammlung der Drechsler beschäftigte sich u. A. wieder einmal mit der seit dem vorigen Streik satfam bekannten Firma G u s t a v W o r m s. Man wundert sich, daß Herr Worms bei den auf das Äußerste heruntergeschraubten Abschlägen immer noch Leute erhält. Lange hält es ja freilich keiner bei ihm aus, und so ist ein Wechsel unter den Kollegen, wie er früher nicht im Entferntesten zu verzeichnen war. Zwei Drechsler hält Herr Worms warm und zahlt ihnen auch anständige Löhne (wohl 40 S die Stunde). Diese beiden Hauptkräfte aus der Zeit des Streiks, K r o l l aus Hadeberg i. S. und K e i n d e l aus Böhmen, werden aber nicht ewig hier bleiben. Nun zu den Preisen, die gezahlt werden. Für Trallien pro Stück für drehen und polieren 3/4 bis 4 S, für Kugelspitzen, fitz und fertig, giebt es 4 S das Stück. Zu bemerken ist hierbei noch, daß die Artikel sauber hergestellt sein müssen, da dieselben zu Pianoaufgaben verwendet werden. Nur unter größter Anspannung aller Kräfte ist es den Kollegen möglich, auf den Wochenlohn zu kommen. Aber auch die in den anderen Fabriken beschäftigten Kollegen haben schwer unter der Konkurrenz des Herrn Worms zu leiden. Fast überall, wo noch Drechsler beschäftigt werden, drängt sich Herr Worms mit seiner billigen Waare dazwischen, und das Fazit ist, daß den betreffenden Kollegen Zumuthungen betreffs Reduzierung der Preise gestellt werden, welche nur auf das Konto des Herrn Worms zu schreiben sind. Auch durch den starken Zuzug von außen infolge der weit und breit sich ausbreitenden Geschäftsflohdung werden die Herren Fabrikanten tühn gemacht und wenden einen Ton im Verkehr mit ihren Arbeiter an, wie man es von solchen gebildet sein wollenden Herren nicht erwarten sollte. Aus diesen Gründen eruchen wir die Kollegen, Zeitz nicht allzu sehr zu überlaufen, mindestens aber, ehe sie hier in Arbeit treten, bei der Ortsverwaltung sich genau zu informieren.

Eingekandt.

Zur Auftheilung des 12. Gaues.

In Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ giebt die Zahlstelle Schmölln ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß die Gaubverwaltung in Gera von einer ganz falschen Auffassung bei der Auftheilung und bei der Anstellung von besoldeten Gauboristern ausgegangen sei, resp. wir hätten uns nur von egoistischen Gründen dabei leiten lassen, und aus Aerger darüber, daß der Sitz des Gaues von Gera verlegt würde, versuchten wir nun, die Verbandstagsbeschlüsse zu hinterzählen.

Hierzu habe ich zunächst zu erklären, daß nicht nur der Gauborstand sowie die Zahlstelle Gera, sondern eine ganze Reihe Zahlstellen des Gaues unserer Meinung sind und den Gauborstand interpellirt haben, daß diese Auftheilung nicht stattfinden solle. Von welchen Grundsätzen aus diese Zahlstellen sich haben leiten lassen, ist mir nicht bekannt. Die Gründe, welche den Gauborstand geleitet haben, sind lediglich praktische gewesen, vor allen Dingen ist es die ungünstige geographische Lage; wenn nun der Einsender von Schmölln sagt, die jetzige Lage wäre ebenfalls ungunstig, so mag das bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein; ich rathe aber dem verehrten Einsender, einmal die Eisenbahnkarte in die Hand zu nehmen, und er wird herausfinden, daß unsere Meinung, die Reisekosten würden sich mindestens verdoppeln, nicht deplazirt ist. Nun wissen wir aber auch, daß bei der Neueinteilung die Lage garnicht besser ausgenutzt werden kann, es müßte dann eine vollständige Reorganisation innerhalb der Gaue vorgezogen werden, und dazu liegt kein Grund vor, denn die Einteilung hat sich sehr gut bewährt. Nun schreibt der Einsender, daß wir, aus Aerger darüber, daß der Sitz des Gaues von Gera verlegt wird, Anschlag an den Leipziger Gau suchten, ja, glaubt denn der verehrte Einsender, daß wir nur aus Animosität gegen Chemnitz den Anschlag an Leipzig suchten? Ein Blick auf die Eisenbahnkarte genügt, und man findet, daß die Bahnverbindung eine viel günstigere ist, als nach Chemnitz, und wäre es mir persönlich viel lieber, wenn einmal bestellte Beamte angepostet werden, daß wir einem Gau angegeschlossen würden, wo ein solcher Beamter vorhanden ist. Nun ist es aber gerade die Besoldung von vier Beamten, welche uns am meisten zu denken giebt; es erhebt die Frage: In der Verbandstagszeit in der Lage, noch mehr an Beamtengehältern auszugeben und läßt sich das mit der Ermittelung des Verbandes in Einklang bringen? Ich möchte das doch bezweifeln, denn wir haben in den letzten zwei Jahren keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt zu verzeichnen, und diese Thatsachen muß man bei so tief ein-

schneidenden finanziellen Fragen mit in Berücksichtigung ziehen, denn daß der Vortheil der Anstellung von Beamten die Kosten überwiegt, ist ein Punkt, welcher weit in der Ferne liegt, und deshalb hätte man maßhalten und vielmehr leicht mit ein oder zwei Beamten anfangen sollen. Von diesen Gesichtspunkten aus habe ich auch für den Antrag in Mainz gestimmt. Daß eine Nothwendigkeit schließlich in jedem Gau vorhanden ist, kann wohl Niemand bestreiten, aber so lange wir keine wesentlichen Fortschritte und die damit verbundenen höheren Einnahmen haben, läßt sich diese Ausgabe nicht mit einem Male durchführen. Nun steht aber auch fest, daß das Verlangen nach einer besoldeten Kraft in nächster Zeit in mehreren Gaue nach wird, denn ich bin überzeugt, daß gerade für den Gau Erfurt die Nothwendigkeit eher vorhanden war, als in Chemnitz und in Magdeburg. Mit welcher Begründung will man nun diese zurückweisen? Der Vorstand ist an den Verbandstagsbeschlüssen gebunden. Er muß schließlich nachgeben; wohin das führen soll, wenn wir jährlich eine Summe von zirka A 40 000 mehr an Gehältern usw. ausgeben müssen, wird wohl Jedem klar sein. Der Vorstand hätte also etwas langsamer in dieser Frage vorgehen sollen. Das sind die Gründe gewesen, welche uns veranlaßt haben gegen die Auftheilung resp. gegen die Anstellung von vier Beamten mit einem Male zu sein. Was nun bezüglich der Zusammenlegung von Orten, in welchen gleiche Industriezweige vorhanden sind, anbeht, so sind sie für mich nicht stichhaltig, da dieses niemals so durchgeführt werden kann und sich dieses nur auf die Orte, die zufällig gerade in diesem Bezirk liegen, erstrecken kann. Auch bezüglich des Zusammenfassens der Kräfte bin ich anderer Meinung insofern, als sich die unbesoldeten Kräfte immer mehr zurückziehen werden und eben die ganze Arbeit der besoldeten Kraft aufwälzen; der Idealismus wird dadurch vollständig verdrängt. Also verehrte Schmöllner Kollegen, nicht Egoismus war es, denn uns ist es gleichgültig, ob wir den Gauborstand hier haben oder nicht, und sind wir herzlich froh, wenn man uns die Arbeitslast abnimmt, aber ich glaube, daß die Geraer Kollegen mindestens ebenso viel Interesse an der Entwidlung des Verbandes haben, wie die Schmöllner Kollegen; auch wir sind nicht kleinmüthig und zaghaft, nur wollen wir das Pulver für die uns in Aussicht stehenden schweren Kämpfe etwas trocken halten, damit, wenn man uns den Krieg erklärt, wir das Lösungswort vorwärts um so muttvoller in die Welt rufen können.

Rich. Werner, Gera.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der **Hannoverschen Eisengießer- und Maschinenfabrik** in Hannover-Linden ist einer Reihe M o b e l t i s c h l e r n gekündigt wegen Mangels an Arbeit; in einer Versammlung der Kollegen wurde eine Kommission gewählt, die vorstellig werden soll. Die Firma möge eventuell die Arbeitszeit verkürzen, um hierdurch Entlassungen zu vermeiden, auch soll die Firma ersucht werden, die Kollegen eventuell bei anderen Arbeiten zu beschäftigen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Herr Ludwig Mebinder, Chefredakteur der „Fachszeitung“, Organ der Holzindustriellen Berlins, der vor einem Vierteljahre mit so großem Lantam als der berufenste Mann für die neue „Arbeitsgeber-Zeitung“ proklamirt wurde, ist, nachdem er ganze acht Nummern zusammengeschrieben hat, von der Ruhmsbühne abgetreten. Er hat, wie die „Arbeitsgeber-Zeitung“ in Nr. 9 mittheilt, seinen Geschäftsantheil veräußert. Ob das ihm seine Entstehung und bisherige Entwicklung verbankende Unternehmen keinen Reibach erwarten ließ und er es deshalb vorzog, Leine zu ziehen, oder ob, wie es in der Erklärung heißt, die „Fachszeitung“ der Holzindustriellen, die gleichfalls von ihm gegründet wurde, ohne seine „journalistische Arbeitskraft“ nicht fertig werden kann, mag dahingestellt sein. Die deutschen Holzarbeiter begrüßen ihn wieder als den Ihren, denn n i e m a n s hat aus dem gegnerischen Lager Jemand mehr für den Deutschen Holzarbeiterverband agittirt, als Herr Ludwig Mebinder und sein tüchtigster Genosse Herr Aug. Kahardt. Wir gestehen gern, daß wir ganz betäubt waren, als wir erfuhren, daß Herr Mebinder uns verlassen hatte. Nun — Gott sei Dank — wir haben ihn wieder und wollen ihn aber auch warm halten, wahrhaftig, das wollen wir.

Der arme „Deutsche Tischlermeister“ wird von der Günther'schen „Deutsche Tischler-Zeitung“ mausetodt geschlagen, weil dieser aus dem Arbeitsmarkt der letzteren einige Inserate, ohne dazu berechtigt zu sein, abdruckte und dann die allerdings große „Pyramidalumtheilung“ beging, darauf eingegangene Offerten der „Günther'schen“ zur Weitervermittlung zuzuschicken. Der Abdruck der Inserate ist zweifellos unlauteerer Wettbewerb. Aber damit ist der „Deutsche Tischlermeister“ noch lange nicht als ernst zu nehmende Fachzeitung gestrichen, wie das Publikationsorgan der deutschen Tischlerinnungen großspurig meint. Der „Deutsche Tischlermeister“ steht unseres Erachtens als Fachzeitung obenan und kann sich mit der Günther'schen in jeder Beziehung messen. Wenn wir dies in unserer Zeitung betonen, so nur, um Recht Recht sein zu lassen.

Die Publikationsorgane der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen laufen sich den Rang ab. Die Günther'sche „Deutsche Tischler-Zeitung“ wackelt mit Argusaugen, daß ihr Niemand ins Gehege kommt. So hat die „Fachszeitung“, das Organ der Berliner Holzindustriellen und der Berliner Tischlerinnung, die Vermeihenheit gehabt, sich auch Publikationsorgan der „Organisationen“ in 20 Orten zu nennen, die nach einer früheren Mittheilung sich dem Schutzverband angeschlossen hatten. Das ging dem dem seine Erziehung bangenden Publikationsorgan des Bundes deutscher Tischlerinnungen wider den Strich, und es stellte dabei die „maßgebenden Herren des angezogenen Blattes“ („Fachszeitung“) zur Rede und verlangte, daß sie nicht ferner ihre „Fachszeitung“ als Publikationsorgan des Bundes deutscher Tischlerinnungen und deutscher Tischlermeister proklamieren dürfen. Die Befugniß, sich so zu nennen, siehe nur i h r, der Günther'schen „Tischlerzeitung“, zu. Die „maßgebenden Herren“ haben denn auch mündlich und schriftlich ihr „Besehen“ bedauert, und die Ehre der

„Günther'schen“ ist gerettet. In der vorletzten Nummer der „Fachszeitung“ fehlten die 26 „Organisationen“ des Schutzverbandes, von denen die „Günther'sche“ irrthümlich annimmt, daß es 26 Innungen seien. Bei ihr scheint es nicht dasselbe, weil die Aufgabe der Schutzverbandsorganisationen mit den Aufgaben der Innungen gesehlich nichts gemein hat, wenngleich man in den „maßgebenden“ Kreisen der Geraer keinen Unterschied findet. In der neuesten Nummer sind die Ortsnamen wieder enthalten, aber sie sind als Zweigvereine des Schutzverbandes benannt worden. Nach über Nach hat der Herr Ludwig Mebinder; an der einen Zeitung ist er gegangen worden und muß seinen Geschäftsantheil veräußern, darf garnicht einmal auf fette Dividende aus dem von ihm gegründeten Unternehmen rechnen, und an der Zeitung, die ihn, den Herrn Ludwig Mebinder, so nötig braucht, macht man ihm den Ruhm streitig, sich Chefredakteur des Publikationsorgans deutscher Tischlerinnungen zu nennen. Was bleibt denn von dem Ruhme eines vor zehn Wochen noch in aller Welt so gefeierten Casars — der die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Grund und Boden schreiben sollte — übrig? Der Chefredakteur eines simplen lokalen Blattes, das einer Handvoll Holzindustriellen seine Spalten öffnet, um einen nach Hunderttausenden zählenden werththätigen Stand, die deutschen Holzarbeiter, durch die Gasse zu schleifen und mit Noth zu bewerfen!

Es geht sehr langsam mit dem Schutzverband vorwärts. In allen Versammlungen, die von den einzelnen Spezialverbänden in Berlin stattfinden, wiederholt Kahardt schon hundertmal gehaltene auswendig gelernte Reden; er hat denn auch die Genugthuung, daß in der Regel eine Resolution oder ein Antrag angenommen wird, den Anschluß an den Schutzverband zu vollziehen, damit ist aber garnicht erreicht, denn diese Beschlüsse sind nicht solche der Innung, die durchgeführt werden müssen, vielmehr muß, trotzdem corpore-Beschluß vorliegt, jedes Mitglied der Innung für seine Person den Beitritt erklären; der Schutzverband ist eben keine Einrichtung, die nach der Gemeinordnung zu den Aufgaben der Innung gehört. Und da muß Kahardt und müssen seine Trabanten sich immer wieder die Lunge müde reden und immer wieder ihr Spricklein über die legendreichen Vortheile des Schutzverbandes aussagen, und doch will es garnicht recht klappen. Nun sollen sogar die Handwerkskammern in den Karren der Schutzverbändler gepantet werden. In der letzten Sitzung des Vorstandes des Bundes deutscher Tischlerinnungen, am 27. November, ist nämlich beschlossen worden, mit Hilfe der Handwerkskammern ein vollständiges Verzeichniß sämtlicher Innungen Deutschlands zu bekommen und dann die dem Bunde noch fernstehenden Innungen zum Beitritt zu bewegen. Man hofft jedenfalls, daß, wenn man die fernstehenden Innungen nur erst mal dem Bund einverleibt hat, sie zum Anschluß an den Schutzverband leichter zu bewegen sein werden. Die kleinen Innungen wollen aber garnicht sehr viel von dem Schutzverband wissen, wie der Königsberger Delegirte auf dem Düsseldorf'er Tischlerstage erklärte. Diese sind nämlich zufrieden, wenn sie tüchtige Gesellen bekommen, und deshalb wollen sie sich nicht verpflichten lassen, die etwa hier oder dort ausgeperrten Gesellen nicht einstellen zu dürfen, sie geben lieber ein paar Pfennige mehr Lohn und halten Frieden mit ihren Gesellen und überlassen es den Kahardt und Genossen, nach Herzerlust sich mit den Gesellen der Großstädte herum zu kabalgen. Also, Herr Kahardt, es wird noch gute Weile haben. Auch dann, wenn die A 10 000 alle sind, welche den Schutzverbandsstrafkellern zum Zweck des Gehens gegen die Gesellen zur Verfügung gestellt wurden, wird es noch nicht viel besser sein, und wenn die Sonne nach Monaten wieder etwas höher am Horizont steht, dann kann Herr Kahardt an den Holzarbeitern wieder seine helle Freude haben! Also nu zu, Herr Kahardt, das Eisen geschmiedet, so lange es noch — kalt ist, wenn's warm wird, pfeifen wir auf Sie.

Trinkgelberung im Möbeltransportgewerbe. Es geht doch nichts über die Dreistigkeit der Berliner Unternehmer. Hat da der Berliner Verein der M ö b e l t r a n s p o r t e u r e beschlossen, die an die „Ziehleute“ zu verabsolgendenden „Trinkgelber“ in eine bestimmte Form zu bringen. Da hört denn doch Manches auf. Er hat wirklich beschlossen, daß auf den Preistabellen für Umzüge auch die Trinkgelberfrage angegeben werden und daß diese allgemein zur Anerkennung zu bringen sind. Diese Regelung soll nur auf große Umzüge Bezug haben. „Bei kleinen Umzügen muß die Trinkgelberfrage nach wie vor nach freiem Ermessen und Vermögen gelöst werden“, heißt es in dem uns vorliegenden Bericht in der „Fachszeitung“. Die Arbeitgeber der Stellner, Hotelbiener, Straßenbahnkassener u. A. rechnen stillschweigend auf die Bezahlung ihrer Arbeitskräfte durch das Publikum, die eben bezeichneten Arbeitgeber indessen verpflichten das umziehende Publikum zum Trinkgelbgeben oder zur Bezahlung der „Ziehleute“. Das ist einfach unerhört. Mögen doch die Transporteure ihre Preise für Umzüge so hoch festsetzen, daß sie den „Ziehleuten“ einen anständigen Lohn zahlen können, und will das ziehende Publikum trotzdem ein geringes Trinkgelb zahlen, kummert das die Transportunternehmer nicht im Mindesten. Das Publikum zahlt nicht L ö h n e in Form von Trinkgelbern, sondern giebt die etwaigen Trinkgelber als eine geringe Entschädigung für den außerordentlichen Kraftaufwand der „Ziehleute“ bei seinen Möbeln, den der Möbeltransportunternehmer, der sich wohl hütet, eine Dreizehnterlast auf seinen Rücken zu nehmen, garnicht zu würdigen weiß und deshalb meistens viel zu gering honorirt.

Das Trinkgelb ist die entwürdigendste Form der Lohnzahlung, noch entwürdigender ist sie, wenn das Trinkgelb in einer bestimmten Höhe vom Publikum gefordert wird, von Leuten, für die das Trinkgelb, d. h. die Theillohnzahlung, nicht bestimmt ist. Dieses Vorgehen der Herren Unternehmer ist auf das Schärfste zu beurtheilen, und wäre es wirklich an der Zeit, daß das Publikum gegen eine Schröpfung auf die vorbezeichnete dreiste, unverschämte Art mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegt.

Wie hoch ist der jährliche Verdienst der Korbmachergefelln in Stettin? Ueber diese Frage hat der Magistrat der Stadt Stettin von der dortigen Korbmacherinnung Auskunft verlangt. Der Magistrat hätte doch wohl

die Arbeiter selbst darum befragen können. Die Korbmachermeister können doch unmöglich wissen, wie oft ihre momentanen bei ihnen in Beschäftigung stehenden Gefellen außer Arbeit waren und wie viel sie bei jedem der sechs oder acht Meister im Jahre zusammen gerechnet verdient haben. Wir nennen dem Magistrat der Stadt Stettin die folgende Adresse, an welche er sich nur wenden mag, um eine ebenso ungeschminkte wie zuverlässige Antwort zu bekommen:

Herrn Karl Grühner,

Stettin, Barnimstr. 2, recht. Seitenflügel, 3. St.

Wenn der Magistrat noch vier Wochen warten will mit der Antwort, kann er auch sonst noch Manches erfahren, was zu wissen für den Magistrat einer Großstadt nicht ohne Bedeutung ist. Der Holzarbeiterverband, dem die Korbmacher angehören, veranstaltet nämlich eine Enquete über die Lohn-, Arbeits-, Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse auch der Korbmacher, aus welcher der Magistrat vielleicht Vieles lernen kann.

Hausindustrie in der Korbmacherei. Gelegentlich einer Schilderung der Korbmacher-Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde auch mitgeteilt, daß in Westpreußen (Weichselniederung) wenigstens 2000 Arbeiter sich mit der Anfertigung von Korbwaren befassen, natürlich hausindustriell. Leider sind wir garnicht unterrichtet über den „Lohnenden“ Verdienst, den diese Leute haben, auch sonst ist über deren Arbeitsmethode nichts bekannt. Des neuen Gauborstehers in Danzig wartet eine große Arbeit, wenn er sich dieser hausindustriellen Korbmacher einmal annehmen und Studien über deren Lebensverhältnisse machen will. Wir lesen nun im Innungsorgan der Korbmachermeister, daß in Graudenz eine Hauptversammlung der Westpreussischen Weidenverwertungs-Genossenschaft stattfand. Man will dort, um an Transportkosten der gewonnenen Weiden zu sparen, in allen Gegenden, wo Mitglieder der Genossenschaft Weiden produzieren, Filialen zur Verarbeitung von Weiden zu grünen Korbwaren in der Hausindustrie einrichten. Es soll dadurch in Gegenden, wo es im Winter an Arbeitsgelegenheit mangelt, der Arbeiterbevölkerung Verdienst geschafft werden. Eine derartige Filiale zur Ausnutzung der Hausindustrie soll in Dyalowierz eingerichtet werden. Aus dieser Mittheilung des Vorstandsmitgliedes der Genossenschaft, des Lehrers Grams aus Schönsee, geht hervor, daß die Zahl der Hausindustriellen noch um eine Anzahl verstärkt werden soll, natürlich nur, „um der Arbeiterbevölkerung Verdienst zu schaffen im Winter, wenn es an Arbeitsgelegenheit mangelt“. In Wirklichkeit geschieht es aber, um den Mitgliedern der Genossenschaft materielle Vortheile zu schaffen auf Kosten der Hausindustriellen in Dyalowierz. Man will die „Hausindustrie ausnützen“, sagt Herr Grams. Man spart die Transportkosten der Weiden nach den Zentralorten, man bekommt eine äußerst billige Waare hergestellt, die von Ort und Stelle gleich an ihren Bestimmungsort transportirt und für einen Schundpreis verkauft werden kann. Die Herstellung hat ja nur wenig gekostet, es geschah ja nur, damit die Leute im Winter Beschäftigung haben, sie waren ja zufrieden, wenn sie einige Pfennige verdienen. Natürlich, man heuchelt Mitleid mit den armen Leuten und potert sie aus um ein paar Pfennige zum Vortheil einer Handvoll Genossenschaftsmitglieder, zum Nachtheil aber des gesammten Korbmacherhandwerks. Und solche Genossenschaftsberichte von dem Lehrer Grams nimmt das Zentralorgan deutscher Korbmachereinnungen auf, ohne eine Miene zu verziehen, ohne auch nur ein Wort der Kritik an das die Korbmacherei in Grund und Boden schädigende Hausindustriestystem zu knüpfen. Das brauchte uns eigentlich nicht zu wundern, denn als Verleger und Redakteur der Korbmacherzeitung zeichnet der auch in Tischlerkreisen bekannte Allertweltsdokter Adolph Schulz, der von der Korbmacherei, speziell von der in der Hausindustrie, so viel versteht, wie der Esel vom Lautenslagen, und in seinem Leben wohl noch nie in eine Werkstatt hineingekuckt hat, in der die armen Hausindustriellen, Mann, Frau, Kind und Kegel, sich für ein wahres Sündengeld die Schwindsucht und Rheumatismus an den Hals arbeiten, sonst würde er dem „menschenfreundlichen“ Lehrer Grams wohl Eins auf die Finger geklopft haben.

Die Korb- und Korbwarenproduktion in Baden war nach einem Bericht der Lehrer Handelskammer normal, der Absatz das ganze Jahr hindurch günstig. Die Preise für ungeschälte Weiden sind infolge des reichlichen Vorraths gefallen, für weiße Weiden gestiegen. Eine theilweise Erhöhung der Arbeitslöhne habe auf die Verkaufspreise übertragen werden können. Wir haben von einer Erhöhung der Arbeitslöhne in jener Gegend nichts gehört; wenn es nur nicht eine Finte war, um höhere Verkaufspreise zu erzielen und dazu die erhöhten Arbeitslöhne als Aushängeschild zu benutzen. Aber selbst wenn die Lohn-erhöhung stattfand, hat sie den Korbmachermeistern nicht sehr weh gethan, sintermalen sie auf die Konsumenten „übertragen“ worden ist. Im Uebrigen sind die Korbmachermeister genau solche Schlauberger, wie ihre erlauchteten Kollegen in anderen Berufen; sie wünschen nämlich, daß der Eingangszoll in Deutschland auf französische Weiden, ohne welche die deutsche Korbkleiderei nicht sein kann, ermäßigt werde und daß andererseits die Einfuhrzölle des Auslandes auf fertige deutsche Korbwaren gleichfalls ermäßigt werden. Natürlich soll die Einfuhr außerdeutscher Korbwaren nach Deutschland durch Erhebung hoher Schutzzölle verhindert werden. Die Herren vergessen ganz, daß in Zollfragen der Satz gilt: „Haut Du meinen Juden, hau ich Deinen Juden.“ Für sich jede Erleichterung der Ein- und Ausfuhr — je nachdem wie's trifft —, aber dem Auslande muß unter der Parole: „Schutz der nationalen Arbeit“, das Leben sauer gemacht werden. Ja, so sind sie Alle, die Herren vom Zopf. — Die Kinderwagenfabriken im Nürnberger Bezirk haben ein gutes Geschäft gemacht, oder richtiger, sie haben von der Krise nichts bemerkt. „Kinderwagen seien ein Konsumartikel, dessen Bedarf im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung steige“, heißt es im Bericht des österreichisch-ungarischen Konsuls Herrn Carl Schrag. Gestalt wird auch von den in dieser Branche in Betracht kommenden Fabrikanten über den hohen Eingangszoll, den deutsche Fabrikanten im Auslande zahlen müssen. Das nennt man Schutz der ausländischen Arbeit. O, es wird noch besser kommen wenn sich das Ausland erst auf die deutschen Schutzzölle einrichtet, da dürfte verschiedenen Exportgeschäften und den für sie arbeitenden Meistern die Puste ausgehen. Bedauerlich

ist, daß die Arbeiter — deren Vertreter im Reichstage mit allen Kräften bemüht sind, auf Grundlage mäßiger Zölle oder der Zollfreiheit annehmbare, die deutsche Ausfuhr fördernde Handelsverträge abzuschließen — mit darunter leiden müssen. Die Mohr- und Korbwarenindustrie Hamburgs hatte unter Ueberproduktion und starker Konkurrenz aus Oesterreich zu leiden, daher Rückgang des Absatzes und ein Sinken der Fabrikpreise sehr selbstverständlich. Bemerkenswert ist unsererseits, daß es, soweit die Arbeiter dieses Berufes in Frage kommen, in Hamburg sich nicht um die Herstellung besserer Mohr- und Korbwaren, sondern meist nur um die Befestigung von Demijohns, um Grünarbeit und Geschloßkörbe gehandelt hat. Soweit die letzteren in Frage kommen, ist infolge „Mangels neuerdecker Geschosse“ ein Rückgang in der Produktion eingetreten und jetzt, da der Kanonenkönig Krupp tobt ist, werden nur noch Kanonen ohne Geschosse produziert, im günstigsten Falle solche, mit denen man nach Spanien schießt. Die Korbmachermeister, welche an den Kugelförben einen anständigen Nebbich gemacht haben, werden ganz sicher fürchten, daß sie nach Krupp's Lobe, der nun keine Geschosse mehr erfinden kann, zu Grunde gehen werden. Na, Krupp mag unsererseits nicht mehr von den Todten auferstehen und sein kanonen-erfinderischer Geist die Erde für immer und ewig in Ruhe lassen, wir fürchten nicht, daß die Korbmachergefallen mehr hungern müssen, als während seines schöpferischen Daseins schon geschah.

Wird die Arbeitsgelegenheit in der Holzindustrie reichlicher? Wir lesen in mehreren Blättern, daß seit dem 1. Oktober d. J. in einigen Branchen der Möbelfabrikation und besonders der Klavierfabrikation ein merklicher Aufschwung eingetreten sei. Diese Besserung solle auf dem Holzmarkt deutlich zum Ausdruck kommen. Die Sägemühlen sollen angeblich mit Aufträgen überreichlich versehen sein. In der Bautischlerei sei, wie in jedem Winter, eine Ruhepause eingetreten. Der Absatz von Möbeln im Inlande lasse viel zu wünschen übrig, das Ausland aber habe mehr Möbel abgenommen als im Vorjahre, und zwar sei der Export um rund 2000 Doppelzentner in drei Quartalen gestiegen. Konstatirt wird, daß in mehreren Großstädten Deutschlands, u. A. in Breslau, von 2500 Holzarbeitern bis 400 arbeitslos sind.

Daß der Absatz von Möbeln im Inlande viel zu wünschen übrig läßt, glauben wir auf das Wort. Wenn die Unternehmer in allen Branchen es denen in der Holzindustrie gleich machen und die Löhne reduzieren, wo sollen dann schließlich die Mittel herkommen, um Möbel und andere Gebrauchsgegenstände zu kaufen, und so lange die maßgebenden Herren in der Unternehmervelt daran festhalten, daß jede Abwehr einer Lohnkürzung in der Krise ein „unberechtigtes“ Vorgehen sei, und man es ferner mißbilligt, daß die Arbeiter bei Zahlung wahrer Schund- und Affordpreise die Arbeit liegen lassen und man deswegen die Wanne über sie ausgießt — so lange wird man schwerlich auf eine Besserung der geschäftlichen Lage in der Holzindustrie rechnen können. Die Unternehmerorgane, welche die Preisunterbietungen bei Submissionen mit den schärfsten Worten tadeln und nichts schärfer wünschen, als daß diese Parasiten recht bald unschädlich gemacht werden, diese selben Organe sind es, die die Gefellen, welche bei vielen solcher Parasiten die Arbeit unfertig verlassen, d. h. trotz der Arbeit nicht hungern wollen — in ihren Spalten als Kontraktbrüchige bekannt machen. Theorie und Praxis!

Gewerkschaftliches.

Der zweite Bauarbeiterkongress wird hiermit von der Unterzeichneten im Einverständnis mit den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zu Sonntag, den 29. März, und Montag, den 30. März 1903, nach Berlin, Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus), einberufen.

Die Tagesordnung sowie alles Weitere bezüglich der Delegirtenwahlen wird später bekannt gegeben. Hamburg, im Dezember 1902.

Die Kommission für Bauarbeiterchuck.

Im Auftrage:

Eh. Bömelburg, Maurer. Fr. Schrader, Zimmerer. G. Wenker, Maler.

Im Schneiderverband vollziehen sich mit 1. Januar 1903 einige wichtige Veränderungen. Einem Beschlusse des letzten Verbandstages zufolge, werden Redaktion der „Nachzeitung“, bisher in Hamburg, und der Vorstand dieser Gewerkschaft, bisher in Stuttgart, von diesem Zeitpunkt an ihren Sitz nach Berlin verlegen. Den Vorsitz im Vorstand übernimmt dann G. Stühmer, dessen bisherige Stellung in der Redaktion des Nachorgans von da an G. Sabbath bekleiden wird.

Zur Errichtung eines Arbeitersekretariats nahm nunmehr auch das Leipziger Gewerkschaftskartell Stellung. Nach einem Referat des Nürnberger Arbeitersekretärs, Segitz, über: „Die Bedeutung der Arbeitersekretariate“, und nachdem alle Redner in der dem Referate folgenden Diskussion sich zustimmend ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 5. Dezember tagende Monatsversammlung des Leipziger Gewerkschaftskartells erkennt die Nothwendigkeit eines Arbeitersekretariats im Prinzip an und erwartet von den Gewerkschaften, daß sie in kürzester Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.“

Literarisches.

Der „Berliner Arbeiter-Kalender“ ist soeben im IX. Jahrgang pro 1903 zum Preise von 20 M erschienen. Er enthält neben zwei recht ernstern Erzählungen und einer wohlgelungenen Humoreske eine ausführliche Beschreibung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn mit beigegebenen Illustrationen, Adressenverzeichnisse der Fraktionmitglieder in Berlin, sowie der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspresse. Letzteres ist allerdings sehr flüchtig zusammengestellt und enthält daher mehrere Unrichtigkeiten. Das ihm dem Kalender indes keinen Abbruch und ist auch trotzdem für die Berliner Kollegen von Werth.

„Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie“ ist der Titel einer soeben von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Broschüre von Karl Kautsky. Die Broschüre

ist ein Sonderabdruck einer Artikelserie, die der Verfasser in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat. Kautsky giebt uns eine historische Darstellung der ökonomischen und politischen Grundlagen der katholischen Kirche und skizziert die prinzipielle und taktische Stellung, welche die Sozialdemokratie ihr gegenüber einnimmt. Gerade jetzt, wo in Frankreich der Kulturkampf tobt und in Deutschland das Zentrum nicht bloß in der Frage des Zollwuchers, sondern allgemein die Schutztruppe der protestantischen Reichsregierung ist, kommt die Schrift zeitgemäß. Der Preis der Schrift beträgt im Buchhandel 75 M, für die Agitationsausgabe 30 M.

Die Illustrierte Roman-Bibliothek „In Freien Stunden“, von der Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 M herausgegeben, sind bis jetzt Heft 47 und 48 erschienen. Neben dem Roman „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas begegnen wir wieder unserem alten Veteran Robert Schmelchel. Seine „Zerbroschene Ketten“ ist eine kleine, aber ergreifende Geschichte eines Schulmeisters. Als Hauptroman des kommenden Jahrganges wird der „Goldmensch“ von M. Tokai angekündigt. Wir machen unsere Leser schon jetzt auf das Neu-Abonnement aufmerksam. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Von „Die Illustrierte Welt der Erfindungen“, Verlag von Ernst Wiest Nachf., G. m. b. H., Leipzig erschienen die Hefte 66-75. Preis à 10 M.

Fabrikation und Gebrauch des Glases ist der Gegenstand, der aus dem reichen Inhalt der vorstehenden Lieferungen besonders interessirt. Der Verfasser zeigt uns, wie zwei halbentkleidete Egyptianer im Schweiße ihres Angesichts beim offenen, hochlodernen Feuer mit Aufbietung ihrer ganzen Lungenkraft sich abmühen, die ersten primitiven Erzeugnisse der Kunst hervorzu-„blasen“. Im Gegensatz hierzu sieht man den großen, von elektrischem Licht durchflutheten Arbeitsaal (richtiger, Arbeitshöle) einer modernen Glasfabrik. Welch weiter Weg durch all die Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch von dem Glasbläser am alten Nilstrom bis zu dem Altona-Ottensener Glasarbeiter unserer Tage. Und wie weit der noch heute täglich wieder zurückzulegende Weg von der im Sande gefundenen Kieselsäure, dem Kali und Natron bis zum zierlich-eleganten Weinglase, zum exakt gearbeiteten Instrument des Arztes! Lebendig und anschaulich weiß die „Welt der Erfindungen“ das Alles zu schildern, wirksam werden ihre Ausführungen durch die zahlreichen und trefflich ausgeführten Illustrationen ergänzt, durch welche uns Alles nicht nur vor das geistige, sondern auch vor das leibliche Auge tritt!

Wie bereits wiederholt, können wir auch nach Durchsicht der letzten Lieferungen das Werk allen unseren Lesern bestens empfehlen.

Briefkasten.

* Sophagestelle liefert in jeder Größe und Qualität Herrn Aug. Kilians Möbelfabrik in Erfurt, Moritzgasse 48.

* Wer nennt uns einige Fabriken, die farbige Strohh zum Flechten liefern? Dürfte aber bei der Firma C. & S. Stoll, Hamburg, Deichstr. 14-16, zu haben sein.

Reichenhall, S. Zur Aufnahme leider in der Form nicht geeignet.

Hamburg, Oesterreicher. So Unrecht haben Sie nicht, es ist sicher mit dem Wiener Artikel auch nicht gemeint, daß die Arbeitsverhältnisse in Hamburg, bezw. Deutschland, derart rosig seien, daß eine Besserung ganz und garnicht nöthig sei, aber das Eine werden Sie zugestehen müssen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tischler in Wien im Allgemeinen genommen, doch noch ganz bedeutend schlechter sind, als die in Hamburg und Berlin; daß im Einzelnen hier äußerst traurige Verhältnisse bestehen, soll nicht bezweifelt werden, aber meistens ist dies nur in solchen Werkstätten der Fall, in die noch kein Strahl der Organisation hineingeschienen hat.

Lucka, S. A. G. Man soll auch nicht zu viel von der Biegekunst verlangen. Unseres Wissens giebt es ein solches Verfahren noch nicht.

Heidelberg, L. Haben darüber noch nichts gehört. Sollte man annehmen, daß durch den dichten Belag des Lino-leums jede Luftzufuhr in die Poren des Holzes unmöglich gemacht und dadurch leichter der Fäulnisprozess im Holze vor sich geht? Dasselbe, d. h. der Luftdurchzug, wird aber auch bei allen Fußböden verhindert, die mit Deckfarben gestrichen sind.

Waltershausen, S. W. Ihre Frage ist unverständlich. Meinen sie fertige (d. h. zusammengebaute) Holzgegenstände, auf denen die Linien (Zeichnungen) für Brandmalereien angegeben sind, so daß nur das Brennen und Bemalen übrig bleibt? Vielleicht nennt uns Jemand solche Bezugsquelle.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Vom 1. bis 13. Dezember gingen folgende Gelder ein: München I, Offenbach, Stettin je M. 800, Lübeck, Hamburg III, Bremen je 600, Berlin A, Hamburg II je 500, Altenburg, Freiburg i. B., Hamburg I und IV, Berlin B und C je 400, Frankfurt a. M., Schwartau, Rowaves, Reinickendorf je 300, Konnewitz, Bockenheim, Fuchtingen, Wilmersdorf, Bremerhaven, Pantow, Lüneburg, Flensburg, Kleinhausen, Jserlohn je 200, Leipzig II, Halberstadt, Stralsburg, Trebbin je 150, Meierstieg 130, Dormund 125, Sonneberg 120, Wittenberg, Pödingen, Hofheim, Sangerhausen, Kranz, Mühlheim (Donau), Haan, Hohen-Schönhausen, Gonsenheim, Meiderich je 100, Bohnang 60, Schleswig 50. Summa M. 12 175.—

Vom 1. bis 13. Dezember erhielten Zusätze: Regensburg M. 500, Koblenz, Essen, Alzenau je 300, Bamberg, München-Gladbach, Steglitz, Bunzlau, Endenig, Göttingen, Gumbelshausen, Seidingen, Wollsbarger, Welschnereuth, Rödersheim, Heerwich, Friedenau, Mannheim je 200, Draiß, Rhünda, Lorch, Bollmarshausen, Kollheim, Rudolstadt je 150, Gotha, Wöhlitz, Tharandt, Neulingen, Wollstädt, Würth, Degerloch, Schwarzja, Neudreilich, Saalfeld, G. Allen, Gießen, Dülmen, Kolbus je 100, Unterhaus 80, Döbeln 50. Summa M. 6630.—

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse bezahlt M. 2130.49. L. Jacobs, Hauptkassier.

